



AUSGABE 16 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 10.12.2003

Wahlkreise

Wenn 2005 der Landtag kleiner wird, werden weniger Abgeordnete direkt gewählt. Daher müssen Wahlkreise neu zugeschnitten werden, die Vorschläge der Landesregierung werden debattiert. Dazu die Anhörung im Hauptausschuss.

S. 3

Wasserabgabe

Das geplante Wasserentnahmentgelt stößt auf heftigen Widerstand aus der Wirtschaft. Der Haushaltsausschuss hört sich in Kürze die Probleme an.

S. 5

Wartezeiten

Das Herbstchaos auf den Schienen in NRW brachte den Verkehrsausschuss auf die Palme. Minister und Abgeordnete drohten den vorgeladenen Bahnmanagern mit Zuschusskürzung, wenn das noch einmal passiert.

S.6

Weiterbildung

Angesichts der Kürzungen im Landeshaushalt sehen Verbände und Träger die Weiterbildung in Gefahr. In der 9. Weiterbildungskonferenz des Schulausschusses malten sie die Auswirkungen aus.

S. 19



Kein alltägliches Bild, aber längst nicht mehr ungewöhnlich – Menschen mit „Migrationshintergrund“ auf der Zuhörertribüne des Landtags. Nicht erst seitdem das nordrhein-westfälische Landesparlament gemeinsam die Integrationsoffensive verabschiedet hat, ist das Thema Migration im Plenum und in den Ausschüssen gegenwärtig. Politikerinnen und Politiker ringen um die Lösung der Probleme, die aus der Zuwanderung entstehen. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass ein älter werdendes Deutschland Zuwanderung braucht und dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere Gesellschaft nicht bloß belasten, sondern auch bereichern. Dazu die migrationspolitischen Sprecher der vier Landtagsfraktionen auf den Seiten 12 und 13. Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Integration oder kulturelle Identität – was hat Vorrang in der Schule?

Wer nicht in seiner Heimat in die Schule geht, muss die Sprache des fremden Landes beherrschen, um dem Unterricht folgen zu können. Eine Binsenweisheit? Sicherlich, aber der Alltag an vielen Schulen unseres Landes zeigt, dass es hier noch oft hapert. Was soll dann Vorrang haben – Integration oder kulturelle Identität? Diese Alternative ist falsch, sagen Sprecher der Landtagsfraktionen. Es geht nicht um ein Entweder – Oder, sondern um ein Sowohl – Als auch. Integration heißt nicht Selbstaufgabe und sich seiner Identität zu versichern muss nicht mit dem Rückzug in ein Ghetto einhergehen (Seite 10).



**Aus Fremden werden Mitbürger –
Integration ist Aufgabe für alle**

Inhalt

Inhalt/Integrieren statt ignorieren	2	
Köln – Wahlkampf mit dem Bötchen?	3	
<i>Anhörung im Hauptausschuss: Zuschnitt der Wahlkreise in der Debatte</i>		
„Ärzte- und Patientenschutz muss Vorrang haben“	4	
Neue Abgabe für Wasser schlägt hohe Wellen	5	
<i>NRW-Wirtschaft trägt im Haushaltsausschuss Kostenfolgen vor</i>		
Bahnvorstand im Verkehrsausschuss	6	
<i>Kein Geld mehr für schönere Bahnhöfe in NRW</i>	6	
Kommunalverbände zu Gemeindefinanzen 2004/2005	7	
Gewerkschaften für mehr Steuerprüfer, damit die Einnahmen steigen	8	
<i>Polizei bekämpft Handel mit Ausländerinnen</i>	8	
„Tausende Arbeitsplätze in der Fleischwirtschaft gefährdet“	9	
Wort und Widerwort	10	
<i>Integration oder kulturelle Identität – was hat Vorrang in der Schule?</i>		
„Gesetze gegen Fundamentalismus reichen aus“	11	
<i>Plenares Nachspiel der Vorgänge um die König Fahad Akademie</i>		
„Islam ist nicht gleichbedeutend mit Fundamentalismus“	12/13	
<i>Interviews mit den migrationspolitischen Sprechern der Fraktionen</i>		
Antrag macht weitere Entwicklung deutlich	14	
<i>Opposition kritisiert: NRW will bloß Gesamtschule vor Vergleich schützen</i>		
Kultur – keine Sache des Landes?	15	
Ostwestfalen-Lippe macht Ernst mit dem Bürokratieabbau	16	
Auf dem Weg nach Europa	17	
<i>Die Landesbank wird zur Förderbank umstrukturiert</i>		
<i>Beamte: Weihnachtsgeld gekürzt und Urlaubsgeld gestrichen</i>	17	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18	
Zweiter Bildungsweg in Gefahr?	19	
<i>9. Weiterbildungskonferenz des Schulausschusses</i>		
Die junge Seite des Landtags „freshnrw.de“	20	
<i>Ein neues Internetportal erklärt Jugendlichen die Politik</i>		
Masterplan für Wandel in NRW	21	
<i>Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion</i>		
<i>FCL – Ein Tor für jedes Lebensjahr</i>	21	
Aus den Fraktionen	22	
Porträt der Woche: Heinz Sahnen (CDU)	23	
<i>Altenpflege: Ermutigung für pflegende Angehörige</i>	23	
<i>Impressum</i>	23	
Geburtstage und Personalien	24	

Integrieren statt ignorieren

Nordrhein-Westfalen hat bei der Integration eine Vorreiterrolle übernommen. Der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten ist der einzige Ausschuss eines Landesparlaments, der sich mit allen Fragen der sozialen, kulturellen und politischen Integration aller Zuwanderungsgruppen in NRW beschäftigt. Sein Ziel ist die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und der deutschen Spätaussiedler. Damit leistet NRW einen wichtigen Beitrag zur Integrationspolitik.

Doch das Bild der Migranten vor Ort ist oft geprägt durch negative Mediens Schlagzeilen. Da wird über die Zunahme des fundamentalistischen Islamismus berichtet, über Terroranschläge, schlechte Bildung, hohe Arbeitslosigkeit und Ghetto-Zusammenleben.

Das hat Gründe: So leben in einigen Städten in NRW zum Beispiel Türkischstämmige in einem ganz bestimmten Stadtteil eng aufeinander. Damals sind sie dort hin gezogen, um mit Landsleuten zusammen zu leben, die ihnen ein Stück Heimat vermittelten. Man sprach dieselbe Sprache und ging in dieselben Läden einkaufen. Das ist verständlich. Nicht anders haben es die deutschen Rentner gemacht, die nach Spanien gezogen sind.

GLEICHBERECHTIGT

Die jetzige Generation der Migranten hat gute Chancen, gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben zu können. Arbeit spielt dabei eine zentrale Rolle. Positiv: Viele Menschen mit Migrationshintergrund gründen ihr eigenes Unternehmen. Haben sie erst einmal die Hürde der Bankkredite geschafft, sind sie erfolgreich und bieten Arbeitsplätze auch für Deutsche. Negativ: Etliche fallen durch das gesellschaftliche Netz: ohne Schulabschluss, schlechte Sprachkenntnisse, keine Ausbildung.

Deshalb muss Integration jeden Einzelnen in der Gesellschaft betreffen. Man kann nicht gleichzeitig über Integrationswilligkeit von Migranten reden, ohne zugleich die Integrationsfähigkeit von Gesellschaft einzufordern. Gleichberechtigte Teilhabe bedeutet Chancengleichheit.

Alle fordern Integration. Doch wer Integration als bloße Anpassung begreift, die nur die anderen leisten müssen, führt die Diskussion in die Sackgasse. Wir werden uns über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens verständigen müssen. Integrieren statt ignorieren heißt mehr als bloße Duldung und braucht einen wechselseitigen Verständigungsprozess auf gleicher Augenhöhe. Das kann der Migrationsausschuss in NRW leisten. **SH**

Köln – Wahlkampf mit dem Bötchen?

Anhörung im Hauptausschuss: Zuschnitt der Wahlkreise in der Debatte

Die Landesregierung hat den Entwurf zur Änderung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag vorgelegt (Drs. 13/4002). Die neue Wahlkreiseinteilung, zu der der Innenminister des Landes Vorschläge unterbreitet hat, soll Grundlage der kommenden Landtagswahl sein. Im Jahr 2005 werden – als Folge des Beschlusses vom März vergangenen Jahres, den Landtag von bisher 201 auf dann 181 Sitze zu verkleinern – 128 Sitze (bisher 151) durch direkte Wahl in den Wahlkreisen vergeben. „Einzelne Alternativen für eine Neueinteilung von Wahlkreisen sind denkbar“, schreibt die Landesregierung in ihrem Entwurfstext. Genau darum ging es in der Anhörung des Hauptausschusses unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) in der Anhörung am 4. Dezember. Wissenschaftler und Vertreter betroffener Kommunen waren geladen.



Das die Aufgabe nicht leicht ist, neue Grenzen zu finden und – wenn man damit vor Ort nicht einverstanden ist – den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Alternativen vorzulegen, zeigt ein Blick auf den Kriterienkatalog, der zu beachten ist: Wahlkreise sollen räumlich zusammenhängen und eine annähernd gleich große Einwohnerzahl umfassen. Abweichungen von diesem Durchschnitt (er liegt bei etwa 140.000 Einwohnern bei Landtagswahlen) sind nur bis 20 Prozent zulässig. Auf die Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; Gemeindegrenzen sollen nur ausnahmsweise durchschnitten werden. Örtliche Zusammenhänge sind nach Möglichkeit zu wahren. Mit anderen Worten: Wahlkreise einzuteilen ist mehr als bloße Rechenarbeit; das erfordert Abwägungs-

prozesse. Das Ganze kann auch zum Politikum werden. Denn in den Wahlkreisen wird um Mehrheiten gekämpft.

Besonders umstrittene Vorschläge in Ballungsgebieten betreffen die Großstädte Aachen, Bonn und Köln. Während die Bundesstadt Bonn nicht vertreten war, wies 1. Beigeordneter Peter-Michael Soénius (Köln) darauf hin, dass im neuen Wahlkreis Köln V und VI vom Erfordernis des räumlichen Zusammenhangs nicht gesprochen werden könne: Beim einen müsse eine

Ohne Papier geht es nicht beim Suchen nach der besten Lösung – hier die beiden Kölner Vertreter Peter-Michael Soénius (l.) und Wahlamtsleiter Michael Friedrichsen (r.). Foto: Schälte

Autobahnbrücke über den Rhein für den räumlichen Zusammenhang sorgen, beim anderen würden Stadtbezirke vereinigt, „die bedingt durch ihre historische Entwicklung in keinem nennenswerten räumlichen oder sonstigen Zusammenhang stehen“. Soénius urteilte: „Das ist gesetzeswidrig.“ Wahlkämpfe seien da allenfalls „mittels Bootsverkehr“ durchzuführen.

In Aachen bringt die neue Einteilung, wie sie die Regierung vorschlägt, das Ergebnis mit sich, dass ein Wahlkreis gebildet wird, der sich über drei Gebietskörperschaften – Stadt Aachen, Kreis Aachen und Kreis Euskirchen – erstreckt, ein Unikum im Lande, das der betroffenen

Region nur Nachteile bringen würde, wie von dort verlautetete. Vorschlag aus dem Kreis Euskirchen (von der Stadt Aachen war kein Sprecher zugegen), vorgetragen von Manfred Poth: Angesichts der extrem großen Fläche und der weiten Entfernungen im Landtagswahlkreis 2 sollte es beim jetzigen Zuschnitt bleiben und darauf verzichtet werden, Gemeinden aus dem Kreis Euskirchen diesem Wahlkreis zuzuschlagen. In einem solchen Gebilde könne kein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen.

BÜRGERINTERESSEN

Auch nicht zufrieden mit dem Gesetzentwurf war Rudolf Schieren, Bürgermeister der Stadt Rütthen im Kreis Soest. Diese Kommune soll nämlich dem Hochsauerlandkreis zugeschlagen werden. Schieren wies auf die gewachsenen Verbindungen zum Altkreis Lippstadt und zum Kreis Soest hin und fand, es gebe für diese Veränderung keinerlei sachliche Notwendigkeit. „Die willkürliche Zuordnung der Stadt Rütthen zum Wahlkreis HSK ist ein Schlag gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt“, fand er und konnte dabei auf die Unterstützung des Sprechers (Michael Streich) zählen, den der Kreis Soest in die Anhörung entsandt hatte. Einwände machte ebenfalls der Kreis Gütersloh (Kreisdirektor Thomas Kuhlbusch) geltend gegen den Plan, die Gemeinde Herzebrock-Clarholz nicht mehr dem Wahlkreis 95, sondern künftig dem Wahlkreis 96 zuzuordnen. Auch der Sprecher des Mühlenkreises Minden-Lübbecke, Rolf Roßmäßler, plädierte für eine andere Grenzziehung als die im Entwurf vorgesehene. Dabei ging es vor allem um die Zuordnung der Städte Porta Westfalica und Bad Oeynhausen.

Vor den Betroffenen vor Ort kamen die Vertreter der Wissenschaft zu Wort, die Professoren Jan-Bernd Oebbecke und Martin Beckmann, beide aus Münster. Sie vermissten die Offenlegung der Zuschnittskriterien im Gesetzentwurf; das erschwere zu beurteilen, was von beiden, der Vorschlag der Landesregierung oder die Alternativen, dem Kriterienkatalog eher entsprechen. Oebbecke und Beckmann unterstrichen auch die Bedeutung des Ziels „Größe“ eines Wahlkreises. Beckmann tat dies unter Hinweis auf den Umstand, dass das Landeswahlrecht in Richtung Mehrheitswahlrecht tendiere. Oebbecke rief dazu auf, die Schnittmenge von 20 Prozent zu beachten. Aber auch örtliche Grenzen – vor allem von Kreisen – und Zusammenhänge seien zu respektieren. Beide mahnten den Gesetzgeber, er könne zwar den Spielraum nutzen, den ihm Gesetze und Rechtsprechung ließen. Alternativen seien aber zu erwägen. Wenn sie den festgelegten Zielen bei der Einteilung von Wahlkreisen näher kämen, seien sie umzusetzen. Sonst gebe es die Gefahr von Wahlanfechtungen.

„Ärzte- und Patientenschutz muss Vorrang haben“

Experten begrüßen Urteil trotz Problemen bei der Umsetzung

„Bereitschaftszeit ist als Arbeitszeit zu werten“ – das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit Urteil vom 9. September 2003 für alle Mitgliedstaaten der EU verbindlich festgestellt. Das Problem ist: Für eine 1:1 Umsetzung dieser EG-Richtlinie an deutschen Krankenhäusern fehlt es an Geld und an medizinischem Personal. Auf Grundlage eines Antrags der FDP-Fraktion („EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärzten zügig umsetzen“, Drs. 13/3631) hatte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung zu diesem Thema um Stellungnahme gebeten.



Tägliche Routine, bei der es um Menschenleben und schnelles Handeln geht: Die Notärztin Eva Lamprecht (l.) und der Rettungsassistent Stephan Beckers (r.) werden aus dem Bereitschaftsdienst zum Einsatz gerufen. Hier die Szenen aus der Feuerwache 6, Frankfurter Straße im Düsseldorfer Stadtteil Garath. Fotos: Schälte

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des EuGH-Urteils vom 9. September 2003 hat die Bundesregierung reagiert und eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) am 26. September im Bundestag beschlossen. Der Bundesrat hat daraufhin den Vermittlungsausschuss angerufen. Die Verhandlungen hierzu sind noch im Gange. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass die Tarifvertragsparteien unter eng gefassten Vorgaben Ausnahmeregelungen treffen können, um die zulässigen Tagesarbeitszeiten zu überschreiten.

Dr. Rudolf Kösters, Präsident der Krankenhausesellschaft NRW, äußerte erhebliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf, der von den Krankenhäusern weder personell, organisatorisch noch finanziell umgesetzt werden könne. Für eine Flexibilisierung der Arbeitszeitorganisation im Krankenhaus seien Übergangsfristen notwendig, um den Tarifpartnern Raum für die erforderlichen Verhandlungen und den Krankenhäusern Planungssicherheit für einen Übergangszeitraum einzuräumen. Er schlug eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden im Jahresdurchschnitt anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit vor.

Der Präsident der Bundesärztekammer und Ärztekammer Nordrhein, Professor Jörg-Dietrich Hoppe, rückte den Gesundheitsschutz für ärztliches Personal und damit zusammenhängend den Patientenschutz ins Zentrum der Diskussion. „Bereitschaftsdienste sind heute im Grunde nichts anderes als eine Fortführung des normalen Stationsdienstes.“ Er forderte daher den schnellstmöglichen Stopp für „Über-

forderung und Ausnutzung der Ärzte.“

Vor diesem Hintergrund sprach er sich für eine fristgerechte Novellierung des Arbeitszeitgesetzes zum Jahreswechsel aus. Rückendeckung erhielt er dafür von Dr. Rudolf Kaiser (Ärztekammer Westfalen-Lippe): Der „viel zu lange vernachlässigte“ Arbeits- und Gesundheitsschutz für Krankenhausärztinnen und -ärzte dürfe nicht länger ökonomischen Interessen untergeordnet werden. Prinzipiell seien neue Arbeitszeitmodelle jedoch keine Alternative zu mehr Personal im ärztlichen Dienst.

SKEPSIS

Rolf Lübke (Marburger Bund) machte die „kontinuierlichen Verstöße“ gegen die gesetzlichen und tarifvertraglichen Vorgaben in Bezug auf die Arbeitszeit von Krankenhausärzten dafür verantwortlich, dass immer mehr junge Mediziner Alternativen zum Dienst im Krankenhaus suchten. Man müsse alles daran setzen, um die Arbeitsplätze im Krankenhaus wieder attraktiver zu machen. Die Novellierung des Arbeitszeitgesetzes sei „einer von mehreren richtigen Ansätzen“. Es solle daher wie vorgesehen in Kraft treten.

Auch Professor Thorsten Hausamen (Verband der leitenden Krankenhausärzte) begrüßte die Entscheidung des EuGH. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, dass die Neubewertung der Bereitschaftszeit von einem Teil der

Ärzte mit Skepsis betrachtet werde, da der Wegfall der Bereitschaftsdienstbezahlungen für viele Assistenzarztfamilien erhebliche wirtschaftliche Einbußen bedeute. „Aus Sicht der betroffenen Ärzte kann daher nur eine leistungsorientierte Neubewertung der ärztlichen Arbeit Voraussetzung für eine einvernehmliche Regelung sein.“

Auf die besondere Problemstellung für junge Assistenzärztinnen machte Dr. Ursula Sottong (Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft) aufmerksam. Viele stünden vor der Alternative, auf Kinder zu verzichten oder ihre Tätigkeit auf medizinische Bereiche zu beschränken, die die Patientenversorgung ausschließe. „Beides ist nicht wünschenswert.“ Deshalb müssten die Rahmenbedingungen verbessert werden, um junge Ärztinnen den Krankenhäusern zu erhalten. Anja Sollmann vom Pfliegerat NRW gab abschließend zu bedenken, dass der Arbeitnehmerschutz nicht zur Disposition von Tarifvertragsparteien stehen sollte. Stattdessen forderte sie klare Vorgaben des Gesetzgebers im Arbeitszeitgesetz. ax

Wegen der großen Zahl von Eingaben reicht ein Tag nicht aus. Die Fraktionen im HFA einigten sich daher in der Sitzung am 27. November, am 18. Dezember die Sachverständigen zum geplanten Wasserentnahmeentgeltgesetz und am 19. Dezember die Kommunalverbände und betroffene Einrichtungen zu den geplanten Kürzungen bei Kindergärten, Volkshochschulen und Privatschulen einzuladen. Die Anhörungen sind öffentlich.

Täglich gingen beim HFA in den letzten Wochen Proteste gegen das „Wassergeld“ ein. Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) hat den Abgeordneten auch die Stellungnahmen im Rahmen der Verbändeanhörung zum Gesetzentwurf zugeleitet (Vorlage 13/2441). Nicht nur die Wasserversorger, sondern fast die gesamte NRW-Wirtschaft steht beim HFA „auf der Matte“, um gegen die neue Abgabe zu protestieren.

Nach der zweitägigen Haushaltsklausur am 4. und 5. Dezember in der Dortmunder Sparkasse und im Rathaus Dortmund steht dem Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) kurz vor Weihnachten noch eine Großveranstaltung bevor. Zu den Sparmaßnahmen im Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005 will er die Betroffenen anhören.

Neue Abgabe für Wasser schlägt hohe Wellen

NRW-Wirtschaft trägt im Haushaltsausschuss im Dezember Kostenfolgen vor

Der Gesetzentwurf benachteiligt vor allem Unternehmen, die Durchlauf- und Frischwasserkühlung einsetzen. Die Befreiungstatbestände seien nicht ausreichend benannt. Für Unternehmen, die einem Wasserverband angehören, ergäben sich Doppelbelastungen, stellt der Verband der Industriellen Energie-

Umweltausschuss am 21. November das neue Wasserentnahmeentgelt mit der Notwendigkeit der erwarteten Einnahmen (142,5 Millionen Euro pro Jahr) für den Landeshaushalt. Die Inanspruchnahme der Naturressource Wasser habe zudem ihren ökolo-

und Kraftwirtschaft fest, der im Übrigen auch auf höhere Stromkosten als Folge des Wasserentgelts hinweist.

Die Ruhr sei ein sehr kleiner Fluss. Nur durch die vom Ruhrverband betriebenen Talsperren könne die Wasserversorgung für die fünf Millionen Einwohner des Ruhrgebiets sichergestellt werden. Dafür würden aber bereits Pflichtbeiträge bezahlt. Das Talsperrensystem werde heutzutage, anders als früher, die Ruhr ökologisch sogar auf, weist der Ruhrverband am Beispiel des trockenen Sommers 2003 nach.

Umweltministerin Höhn verteidigte dagegen bei der Einführung ihres Haushalts im

gischen Preis. Das neue Bewusstsein diene der Erhaltung naturraumtypischer Ökosysteme

ENTLASTUNGEN

und sichere die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigem Trinkwasser. Die Ministerin hält Änderungen am Entwurf für möglich: eine Bagatellgrenze von 150 Euro pro Jahr, differenzierte Entgeltsätze für Kühlwassernutzungen und eine weitergehende Entlastung der Wasserwerke bei der Kooperation mit der Landwirtschaft. 

WASSERREICHTUM IN NRW

In NRW sei Wasser nicht knapp. Der Wasserverbrauch der Industrie sinke stetig. Ein zusätzlicher Anreiz zum nachhaltigen Umgang mit Wasser sei nicht nötig. Weitere Belastung der Produktionskosten wäre ein großer Standortnachteil der NRW-Industrie im internationalen Wettbewerb. So argumentieren die betroffenen Wirtschaftszweige.

Stand und Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen war eines der Themen beim Empfang des Landtagspräsidenten für eine Delegation russischer Gäste aus der NRW-Partnerregion Kostroma. Vizegouverneur Alexandre Averotchkine (r.) und erster stellvertretender Oberbürgermeister Mikhail Smirnov (l.) weilten auf Einladung der Handwerkskammer Münster in Nordrhein-Westfalen und wurden beim Besuch des Landesparlaments von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) willkommen geheißen. Foto: Schälte



Bahnvorstand im Verkehrsausschuss:

„Wir haben uns übernommen“

Die Züge sind im letzten Novemberdrittel wieder ziemlich pünktlich; Berufspendler am Rheinexpress auf dem Düsseldorfer Hauptbahnhof. Foto: Schälte



Eine Art Scherbengericht veranstaltete der Verkehrsausschuss über die Deutsche Bahn AG (DB) am 27. November. Im Plenarsaal waren der Vorstandsvorsitzende der DB Regio Ulrich Homburg und weitere sechs leitende DB-Manager erschienen, um die Beschwerden von NRW-Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann und des Verkehrsausschusses des Landtags über das „Herbstchaos“ 2003 entgegenzunehmen.

Bahn sei für die Leute da, nicht für die Börse. Auch von einer „Laienspielschar“ beim Bahnflächen-Management war die Rede.

„Wir als Dienstleister werden nie an die Börse kommen“, antwortete Homburg. Die Bahn habe sich übernommen, parallel das Netz erneuern und mehr Verkehrsleistung bieten zu wollen. Er ließ durchblicken, dass in der Zentrale keine generelle Freigabe von Fernverkehrszügen bei Verspätungen zu erreichen sei. Aber für einen Zeitkarten-Aufpreis für Berufspendler werde es bald eine akzeptable Lösung geben.

Minister Horstmann verkündete abschließend, das Eisenbahnrecht soll geändert werden. Die Rechtsstellung des Fahrgasts und auch des Trägers solle verbessert werden. Langfristige Verträge müssten kündbar sein. Der Verkehrsausschuss befasst sich am 8. Januar 2004 eingehend mit der Managementgesellschaft der neun NRW-Zweckverbände. Sie bestellt die ÖPNV-Leistungen bei der Bahn. 📌

Die Politiker verlangten dringend bessere Information über Verspätungen und Zugausfälle und über Ausweichtransporte. Vor allem soll die DB großzügiger als bisher die Fernverkehrszüge für Berufspendler öffnen. Auch drohte Minister Horstmann damit, die vertraglich vereinbarten 702 Millionen Euro pro Jahr künftig zu kürzen, wenn bessere Leistungen ausblieben.

Aber DB-Vorstand Homburg hielt sich mit Zusagen zurück. Zwar versprach er, so ein „GAU“ wie in der ersten Novemberhälfte werde künftig verhindert. Trotz vieler Maßnahmen sei die Bahn von dem Herbstchaos völlig überrascht worden. Inzwischen seien die engagierten Mitarbeiter in NRW am Ende ihres Belastungsvermögens angelangt. Er versprach eine „Info-Hotline“ ab 4. Dezember, bei der jeder Fahrgast zum Orts-

tarif Fahrplanänderungen erfahren könne. Und die Freigabe von IC's, allerdings erst bei größeren Störungen und nach Entscheidung des Vorstands.

FAHRGASTRECHTE

Die Abgeordneten, teils selbst betroffen, teils Adressaten von massiven Beschwerden, setzten den DB-Vertretern weiter zu. Die Bahn hätte sagen sollen, dass sie zur Einführung der Stufe 2 des Integrierten Taktfahrplans auf 98 Millionen Zugkilometern nicht in der Lage war, meinten Gerhard Wirth (SPD) und Heinz Hardt (CDU). Oliver Keymis (GRÜNE) stellte fest, der Regionalverkehr sei für die DB zweitrangig, Vorrang habe der Fernverkehr. Auf den geplanten Börsengang der DB anspielend, meinte er, die

Das ehrgeizige Bahnhofs-Erneuerungsprogramm ist ins Stocken geraten. Land und Kommunen wollen gemeinsam mit der Deutsche Bahn AG 108 NRW-Bahnhöfe bis zum Jahr 2008 modernisieren (Landtag intern 6/2001). In der „Bahn-Klage“-Sitzung des Verkehrsausschusses am 27. November teilte Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann mit, nur sieben Bahnhöfe seien bisher erneuert worden. An sieben weiteren werde gearbeitet. Bis zum Jahr 2008 seien nur noch 18 Maßnahmen vorgesehen.

Als Ursache sah der Minister fehlende DB-Mittel an. Jeweils zehn Prozent der Kosten entfielen auf die DB. Einige Maßnahmen seien

ausgesprochen dringend, zum Beispiel der Hauptbahnhof in Gelsenkirchen, einem Austragungsort der Fußball-WM. „Zeitkritisch“, das heißt nicht sicher bis 2006, sei die Situation auch bei der Station Dortmund-Westfalenhalle.

Der Vorstand der DB Station und Service habe, so Horstmann, mitgeteilt, dass die Eigen-

mittel der Bahn nicht ausreichen. Als unverständlich bezeichnete er, dass ein Vertragspartner drei Jahre nach Vertragsabschluss verkünde, den Vertrag nicht erfüllen zu können. Er erwarte von der Bahn kurzfristig einen konkreten Umsetzungsvorschlag. Andernfalls müsse die Modernisierungsoffensive rückabgewickelt werden. 📌

Kein Geld mehr für schönere Bahnhöfe in NRW

Kommunalverbände zu Gemeindefinanzen 2004/2005

Klagen über ständig wachsende Regelungsdichte



Über 170 Städte und Gemeinden sowie sieben Kreise in NRW können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Rund 60 Städte und Gemeinden fahren „vorläufige“ Haushalte, weil ihre Sicherungskonzepte nicht genehmigt wurden. Ständig würden die Kommunen durch Bundes- und Landesgesetze überfordert. Die grundsätzliche Reform der Gemeindefinanzen in Berlin sei dringend, meinten die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände während der Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik zum Doppelhaushalt 2004/2005 am 26. November.

„Wir können nicht noch mehr sparen“, meinten übereinstimmend die kommunalen Spitzenverbände bei der Anhörung zu den Gemeindefinanzen 2004/2005 im Kommunalausschuss, v.l. Dr. Ludger Sander (Städtetag), Claus Hamacher und Andreas Wohland (Städte- und Gemeindebund), Dr. Alexander Schink (Landkreistag). Foto: Schälte

würden, meinten die Verbände. Viele Vorschriften gingen auf Bundes- und Landesgesetze zurück und könnten auf kommunaler Ebene nicht geändert werden, sagten die Sprecher, als sie von den Ausschussmitgliedern nach dem Abbau von Standards gefragt wurden.

Immer mehr wachse die „Regelungsdichte“, etwa bei den Eingliederungshilfen für Behinderte. Diese schlagen bei den Landschaftsverbänden mit explodierenden Kosten zu Buche, erläuterte Harry Voigtsberger (Landschaftsverband Rheinland), im Jahr 2003 mit 2,5 Milliarden Euro für fast 50.000 Menschen in NRW. Steigende Zahlen ließen diese Hilfen zu einem Sprengsatz für die Haushalte werden. Die Last müsse maßgeblich vom Bund finanziert werden. Auch bei der jetzt auf zwei Jahre verkürzten Kostenerstattung für Asylbewerber beschwören die Kommunalverbände seit Jahren die Zuständigkeit des Bundes.

Dass die Übungsleiterpauschale gestrichen und durch eine Pauschale für Sportstätten ersetzt werden soll, fand keinen Beifall. Die Zuschüsse für die wertvolle Jugendarbeit der Sportvereine seien im Etat des Sportministers veranschlagt gewesen. Dagegen handle es sich bei der Sportstättenpauschale um kommunales Geld.

Fassungslos sei er, dass die Spitzenverbände die neue Verschuldung des Landes ohne Kritik hinnähmen, äußerte FDP-Sprecher Dr. Ingo Wolf nach den Vorträgen. Auch Manfred Palmen (CDU) wunderte sich darüber, dass die Sprecher der Städte, Kreise und Landschaftsverbände die Planung akzeptierten, wonach den Kommunal финанzen im Jahr 2004 aus der Neuverschuldung des Landes in Höhe von sechs Milliarden 620 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, im Jahr 2005 aber 764 Millionen Euro zurückgezahlt werden sollen.

STEUERREFORM

Die Zustimmung sei nicht leicht gefallen, antworteten die Verbandssprecher. Aber die Alternative, die fehlenden Millionen einzusparen, sei einfach nicht mehr möglich. Sie hofften, wie auch Heinz Wirtz (SPD) formulierte, auf Auswirkungen („sprudelnde Einnahmen“) durch das Vorziehen der Berliner Steuerreform. Die Finanzprobleme dürften nicht aufgeschoben, sondern müssten gelöst werden, wenn sie entstehen, erläuterte er den Standpunkt der Koalition. ☛

REGELUNGSDICHTE

Angesichts „tiefsten Rots“ ihrer Finanzen seien die Kommunen nicht in der Lage, die Kürzungen bei freien gemeinnützigen Trägern von Kindergärten, Volkshochschulen und Ersatzschulen auszugleichen. Das gehe nicht, wenn nicht gleichzeitig die Standards gesenkt

Einsparungen beim Landespersonal

Gewerkschaften für mehr Steuerprüfer, damit die Einnahmen steigen

„Unsere Bitte: nicht so mit den Bediensteten umgehen!“ Das sagte Meinolf Guntermann (Beamtenbund) und wies auf Presse-Schlagzeilen der letzten Monate hin, was Kabinett und Koalition alles an Einsparungen beim Landespersonal beschlossen hatten. Die Arbeitnehmervertreter bekämen die Wut in den Dienststellen zu spüren, seien aber selbst nicht informiert, klagte er.

Im Unterausschuss Personal des Haushaltsausschusses hatten in der von Manfred Palmen (CDU) geleiteten Sitzung am 25. November die Sprecher der Berufsverbände das Wort. Der Beitrag der Beamten zur Haushaltskonsolidierung sprengte den Rahmen, sagte Andreas Schmidt vom Deutschen Gewerkschaftsbund und wies auf erhebliche Vorleistungen der letzten Jahre hin. Durch Arbeitsverdichtung werde der Krankenstand steigen. Demotivierung werde die Zahl der Frühpensionierungen steigen lassen. Nicht hinnehmbar sei die erneute Verschiebung der Versorgungsrücklage. Im Übrigen vermisse der DGB die Verbesserung auf der Einnahmenseite des Landeshaushalts, etwa bei Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Gregor Falkenhain (Gewerkschaft ver.di) verlangte, ebenfalls im Hinblick auf mehr Einnahmen, erheblich mehr Personal für Außen-

prüfungen bei den Finanzämtern. Folgen des personellen Ausblutens der Finanzämter seien Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Hoher Schaden entstehe auch durch Schwarzarbeit. Anders als der Bund lade das Land durch künftig wegfallende Stellen geradezu zur Steuerhinterziehung ein. Auf 120.000 Euro pro geprüftem Einkommensmillionär habe der Finanzminister im Sommer 2003 die Mehreinnahmen beziffert.

MILLIONÄRSEINKOMMEN

Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen und Lehrer verhöhne die Leistung einer Berufsgruppe, deren Arbeit für die Zukunft des Landes besonders wichtig sei, sagte Wilfried Hassler (Beamtenbund). Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit werde mit Angleichung an Angestellte begründet. Bei Weihnachts- und

Urlaubsgeld gelte dieses Argument aber nicht. Entgegen aller Ratschläge müssten wegen der Verschiebung der Pensionierung auf das Ende des Schulhalbjahres Lehrer länger arbeiten als alle anderen Beamten.

Das Insolvenzrecht, die DNA-Analysen und zahlreiche Änderungen am Steuerrecht nannte Roswitha Müller-Piepenkötter (Richterbund) als neue gesetzliche Aufgaben, die die Stellenpläne der Justiz belasteten. Bei Arbeitsgerichten, Staatsanwaltschaften und Familiensachen sowie Betreuungen stiegen zudem die Eingänge sowie wochenlange Rückstände der Bearbeitung. Die Informationstechnik habe zunächst zusätzliche Belastungen gebracht. Ein Gericht habe 25 Prozent mehr Zeitaufwand für Amtsrichter gegenüber den hergebrachten Formularen errechnet, was pro Woche vier bis fünf Stunden ausmache. Der Abbau von Personal in den Service-Einheiten sei ein Irrweg und müsse endlich gestoppt werden.

AKTENSTAU

Der Unterausschuss Personal setzte nach der Anhörung der Berufsverbände die Beratungen der Personalhaushalte der Einzelpläne für 2004/2005 und der Änderungen am Landesbesoldungsgesetz am 8. und 9. Dezember fort. Die Landesregierung berichtete zuvor über den Modellversuch Personalausgabenbudgetierung in der Ministerialverwaltung und über den Stand bei der Zentralisierung der Beihilfearbeitung.

Polizei bekämpft Handel mit Ausländerinnen

Eingeschüchtert, isoliert, bedroht und ohne ausreichende Sprachkenntnisse seien Mädchen und Frauen nur selten in der Lage, sich selbst aus dem Teufelskreis des Menschenhandels zu befreien. Deshalb sollten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für die Aufdeckung dieser besonders menschenverachtenden Form der Kriminalität sensibilisiert werden.

So steht es im Merkblatt „Achtung Menschenhandel“ der NRW-Polizei, das der Leitende Kriminaldirektor Rolf Behrendt (Innenministerium) am 28. November im Ausschuss für Frauenpolitik vorstellte. Nach seinem „Lagebild Menschenhandel in NRW“ wurde im Jahr 2002 mit 95 Verfahren ein Höchststand erreicht. Allerdings blühe diese Kriminalität im Vorber-

genen und werde nicht angezeigt, sagte Behrendt, so dass die Verfahrenszahlen nichts über das wahre Ausmaß aussagten.

Die Polizei müsse selbst aktiv werden, was aufgrund von Bandenstrukturen erschwert werde. Opfer von Menschenhandel sagten oft als Zeuginnen nicht aus, weil sie aufgrund ihres illegalen Aufenthalts selbst von Strafverfolgung und Abschiebung bedroht seien. Seit 1994 wird in NRW der Aufenthalt von Opfern für die Dauer des Strafverfahrens geduldet. Von Abschiebehaft werden Ausländerinnen auch unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft verschont. 1997 wurden Polizeibehörden angewiesen, mit Opferberatungsstellen zusammenzuarbeiten.

Verankerung des Petitionsrechts in der europäischen Verfassung und Petitionsarbeit mit den neuen Medien waren zwei wichtige Punkte der Arbeitstagung der Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder in Kiel. Unser Bild zeigt den Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Ausschusses, Gerhard Poppendiecker (L), die Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses, Marita Sehn (Mitte) und Barbara Wischermann, Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Ausschusses (r.). Der Bundestag hält übrigens engen Kontakt mit dem nordrhein-westfälischen Ausschuss: In Berlin wird überlegt, ebenfalls Sprechstunden einzurichten, wie sie der nordrhein-westfälische Petitionsausschuss seit längerem durchführt. In der letzten Sprechstunde in Paderborn, der sechsten auswärtigen in dieser Wahlperiode, suchten im vergangenen Monat 40 Bürgerinnen und Bürger den Kontakt zu den Mitgliedern des Ausschusses.



„Tausende Arbeitsplätze in der Fleischwirtschaft gefährdet“

Landwirtschaftsausschuss fordert Neuregelung für Zerlegungsgebühren



Staatssekretär Dr. Thomas Griese.

Stein des Anstoßes sind die hohen Gebühren für die amtliche Überwachung der Zerlegung von Rind- und Schweinefleisch in NRW. Die Fleischindustrie im Lande beklagt sich über erhebliche Wettbewerbsnachteile, die sie gegenüber anderen Bundesländern und EU-Mitgliedstaaten hinnehmen müsse. Für einzelne Betriebe belaufe sich die Mehrbelastung jährlich auf mehrere hunderttausend Euro. Der Landwirtschaftsausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) hatte daraufhin Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) im Ausschuss um einen Bericht gebeten.



Die Vertreter von Zerlegebetrieben verfolgten mit Interesse die Sitzung (v.l.): Gustav Kronsbein (WestFleisch), Norbert Barfuss (Barfuss Fleischwarenfabrik) und Clemens Tönnies (TönniesFleisch). Fotos: Schälte

Seit mehreren Jahren sind die auf einer EU-Richtlinie fußenden Gebühren, die für die amtliche Überwachung durch Tierärzte und Fleischkontrolleure in den so genannten Zerlegebetrieben erhoben werden, der Fleischindustrie in NRW ein Dorn im Auge. Bereits im Oktober 1998 forderten der Landkreistag sowie die Fleischwirtschaft, für die Gebührenerhebung neben der Berechnung pro Tonne Fleisch, die in den Betrieben angeliefert wird, auch eine Stundenabrechnung für die erbrachten Leistungen zu ermöglichen. Eine Gebührenabrechnung nach Gewicht führe gerade bei größeren Betrieben zu einer beträchtlichen Kostenüberdeckung, sprich, es müssen höhere Gebühren gezahlt werden als es der tatsächliche Arbeitsaufwand der Kontrolleure rechtfertigt.

Bereits in der Plenarsitzung vom 16. Dezember 1998 bezeichnete Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) diese Regelung als „unsinnig“ und wies darauf hin, dass sie in Brüssel bereits mehrfach interveniert habe, um diese zu ändern. Zitat Höhn: „Die Richtlinie muss neben der Abrechnung nach Tonnage auch uneingeschränkt alternativ die Abrechnung auf Stundenbasis ermöglichen. Denn die Erzielung einer Kostenüberdeckung entspricht nicht dem Sinn und Zweck der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben.“

Im Oktober 2003 wandte sich Clemens Tönnies von der Firma Tönnies Fleisch – ein Unternehmen mit 2.000 Mitarbeitern in NRW

– erneut an den Landwirtschaftsausschuss, um auf die Wettbewerbsnachteile nordrhein-westfälischer Unternehmen aufmerksam zu machen, die aus dieser EU-Regelung resultieren: „Der zusätzliche Wettbewerbsdruck, der auf den nordrhein-westfälischen Unternehmen lastet, wird unterdessen durch Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen immer unerträglicher“, so Tönnies. Wie er Landtag intern gegenüber berichtete, seien hierdurch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen betroffen – insgesamt 30.000 in ganz NRW.

Zu Beginn der Sitzung kritisierten Ausschussmitglieder die Abwesenheit des Wirtschaftsministers bzw. seines Staatssekretärs. Sie ließen sich von einem Beamten des Hauses vertreten.

BRÜSSELER SIGNALE

Eckhard Uhlenberg (CDU) konnte bei den Zerlegungsgebühren „keinen Zusammenhang zwischen den Kosten und der erbrachten Leistung durch den Staat bzw. die Kommunen“ erkennen. Die derzeitige Praxis führe zu Wettbewerbsverzerrungen. „Hier geht es um die Zukunft des Veredelungsstandorts NRW und um die Zukunft vieler Arbeitsplätze.“ Dem pflichtete Irmgard Schmid (SPD) bei: „Wir erwarten von den Ministerien, dass sie uns konkrete Lösungsansätze nennen.“

Felix Becker (FDP) äußerte den Eindruck, „dass die Vorgaben aus Europa teilweise so von der Verwaltung gedeutet werden, wie es gerade passt“. Reiner Priggen (GRÜNE) stellte die

Frage in dem Raum, ob es sich bei der in NRW angewandten Gebührenerhebung „nicht um ein übliches Verfahren“ handle, wie es auch in anderen Bundesländern Anwendung finde.

Dr. Georg Scholz (SPD) bezeichnete das System der Überzahlung für nicht tragbar. „Gebühren müssen kostendeckend sein“, es dürfe damit kein Gewinn gemacht werden.

Staatssekretär Dr. Thomas Griese vom Umweltministerium versuchte das Verfahren in NRW zu verteidigen: „Die Finanzierungsrichtlinie der EU gibt halt vor, dass die Abrechnung nach Tonnage zu erfolgen hat.“ Zwölf der 16 Bundesländer würden genauso verfahren. Zudem könne er, was die Wettbewerbssituation des Landes betrifft, keine Unterschiede zu anderen Bundesländern feststellen. Mit Blick auf andere EU-Staaten gäbe es zwar Wettbewerbsunterschiede. In Spanien würden beispielsweise keine Gebühren erhoben. Es hätte jedoch bereits Signale aus Brüssel gegeben, dass diese Staaten künftig mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu rechnen hätten.

Zum Ende der hitzigen Debatte herrschte unter den Ausschussmitgliedern so weit Konsens, dass selbst die Vertreter beider großen Volksparteien Bereitschaft signalisierten, zu diesem Punkt eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. **ax**

VON BRIGITTE SPETH (SPD)

Die Fragestellung trifft leider nicht den Punkt. Sie unterstellt, Integration und kulturelle Identität seien Gegensätze. Wer aber – gewollt – trotzdem einen solchen „Gegensatz“ aufbaut, muss sich die Frage gefallen lassen, ob die Diskussion um die „Leitkultur“ neu belebt werden soll? Daran allerdings, sollte man sich wirklich nicht beteiligen.

Sollte sich hinter dieser Frage aber die Diskussion um das „Kopftuchurteil“ verbergen, bin ich der festen Überzeugung, dass 1. Muslima ihr Kopftuch tragen können und sollen: im Privaten, auf der Strasse, im Theater, überall; 2. eine Lehrerin den Staat vertritt und insofern zur Neutralität verpflichtet ist und 3. es im Kern um das „politische Kopftuch“ geht. Dieses ist wiederum das Symbol für islamistischen Fundamentalismus, für Ungleichheit zwischen Frau und Mann und für Ungleichheit zwischen den Muslima selbst.

Daher spreche ich mich für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen aus. Der von der CDU dazu eingebrachte Gesetzentwurf wird aber einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Auch aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion den Verfassungsjuristen Professor Battis beauftragt, Vorschläge für eine verfassungskonforme Formulierung zu finden. Denn Integration und kulturelle Identität gehören zusammen. Integrationspolitik beinhaltet Respekt vor der je anderen Kultur und damit auch vor der kulturellen Identität des Einzelnen. Besonders Kindergärten und Schulen erbringen täglich eine solche hohe Integrationsleistung. Ihr Bildungs- und Erziehungsauftrag ist der Demokratie und der Toleranz verpflichtet. Die vorrangige Aufgabe der Politik ist es, gerade jetzt, Schulen und Kindergärten bei dieser schwierigen Aufgabe materiell und ideell zu unterstützen.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Die Frage ist falsch gestellt. Kulturelle Identität bedeutet ein klares Selbstverständnis eigener Werte. Nur wer seine Werte kennt, kann auch andere integrieren. Eine erfolgreiche Integrationspolitik kann sich kein Laissez-faire und keine Beliebigkeit bei den Grundwerten erlauben. Wir brauchen eindeutige „Spielregeln“ für das Zusammenleben in unserem Land, gerade weil unsere Gesellschaft pluralistischer wird. Integration bedeutet nicht Assimilation und nicht Relativierung unserer eigenen Grundwerte – dazu gehört die Religionsfreiheit. Unsere Kinder müssen lernen, dass dieses Gut unverzichtbar ist. Deshalb darf es keinerlei politische und religiöse Indoktrination im Klassenzimmer geben. Jeder Form von Fundamentalismus ist eine entschiedene Absage zu erteilen. Nur wer die Spielregeln der freien Demokratie kennt und akzeptiert, kann sich in unsere Gesellschaft erfolgreich integrieren. Schule muss die Grundlagen für Orientierungsfähigkeit und Identitätsfindung bieten.

Geschichte, Religion und Philosophie sind dafür selbstverständlich. Doch leider verschlechtern sich die Rahmenbedingungen zusehends. Im Haushalt wird es keine weiteren Stellen für praktische Philosophie geben. Versprochen – gebrochen. Integrationsstellen werden in einem Sammeltopf verwaltet und die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Integration weiter verschlechtert. Integration muss endlich Vorrang in den Schulen haben.



VON RALF WITZEL (FDP)

Obwohl wir im Zeitalter der Globalisierung leben, betrachten wir Begriffe wie Integration und kulturelle Identität noch immer als Gegensatz. Gerade dies darf jedoch nicht Ansatz unserer Gesellschaft sein. Vielmehr gilt: Integration und kulturelle Identität müssen als verbundene Begriffe angesehen werden. Oftmals ist eine stabile kulturelle Verwurzelung Voraussetzung für die Akzeptanz anderer Kulturen und damit für Integrationsfähigkeit.

Es gehört zu unserem Schulalltag, dass Schüler unterschiedlicher Nationalitäten zusammen unterrichtet werden. Dies geht nicht ohne ein Mindestmaß an Anpassungsfähigkeit. Für einen reibungslosen Unterricht ist es unerlässlich, dass die deutsche Sprache einwandfrei beherrscht wird. Mangelnde Sprachkenntnisse sind bis heute ein großes Problemfeld bei der Suche nach Ausbildungsplätzen. Hier steht das Land in der Pflicht, sich stärker in der Sprachförderung zu engagieren.

Integration erfordert keineswegs eine Abkehr von der eigenen kulturellen Identität. Im Gegenteil: Jede Kultur hat ihre Stärken, von der die jeweils andere profitieren kann. Kinder mit muttersprachlichem Unterricht beherrschen die Herkunftssprache sicher und lernen daher auch andere Sprachen leichter. Und entgegen den Lehrern dürfen sich die Schüler auch künftig so kleiden, wie sie mögen. Grundsätzlich gilt: Debatten um Leitkultur oder Leitreligion werfen unsere Integrationspolitik zurück.



VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Für uns Grüne steht beides nicht im Widerspruch zueinander – und darf auch nicht zu einem solchen stilisiert werden. In gewisser Weise bedingen sich Integration und kulturelle Identität sogar: Wer sich seiner selbst bewusst ist, und dazu zählt die kulturelle Herkunft, kann auch andere besser annehmen und respektieren und Teil einer pluralen Gemeinschaft sein. In NRW besuchen Schülerinnen und Schüler mit fast einhundert unterschiedlichen Muttersprachen unsere Schulen. Dort treffen mehr als an jedem anderen Ort unserer Gesellschaft unterschiedliche Kulturen, Religionen und Sprachen aufeinander. Schule ist der Ort, an dem es früh zu einem Austausch und zur Entwicklung von Verständnis und Verständigung von und mit dem „Anderen“ und dem „Fremden“ in unserer Gesellschaft kommen kann und kommen muss. Toleranz und Anerkennung darf aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Natürlich muss die kulturelle Identität der Einzelnen in unseren Schulen da ihre Grenze haben, wo verfassungsrechtlich geschützte Rechte ins Spiel kommen – beispielsweise wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter oder die Anwendung von Gewalt geht. Hier müssen die Schulen vor Ort klar Stellung beziehen und ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden. Vor allem muss aber die Chance des sich Kennenlernens in unseren Schulen genutzt werden, um ein friedliches Zusammenleben der Kulturen in unserem Land zu gewährleisten.



Plenares Nachspiel der Vorgänge um die König Fahad Akademie

„Gesetze gegen Fundamentalismus reichen aus“

Islamische Bildungseinrichtungen auf dem Boden des Landes sollen das Kindeswohl wahren, Grundgesetz und Landesverfassung achten, mit staatlichen Stellen wie Schulaufsicht, Jugendämtern und Verfassungsschutz kooperieren und den Unterricht in wesentlichen in deutscher Sprache abhalten. Diese Punkte soll die Landesregierung beachten, wenn es um die Genehmigung und den Betrieb islamischer Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche geht. Dies besagt der Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/4594 neu), den der Landtag Ende November erörtert und danach an den federführenden Migrationsausschuss überwiesen hat.

Thomas Kufen (CDU) bezeichnete den islamischen Fundamentalismus als „die vielleicht größte Herausforderung für die westlichen Demokratien im Zeitalter der Globalisierung“. Die müsse man meistern, wenn Demokratie und Freiheit keinen Schaden nehmen sollen. Darum: „Wir brauchen einen starken und wehrhaften Staat, der es nicht zulässt, dass in Bildungseinrichtungen auf seinem Territorium fundamentalistischer Islamismus indoktriniert wird.“ Im Land dürfe, in welchen Bildungseinrichtungen auch immer, unter „keinen Umständen verfassungsfeindliches, antidemokratisches, antizionistisches und antisemitisches Gedankengut“ gelehrt werden. Die Ereignisse um die König Fahad Akademie zeigten, dass man sich nicht sicher sein könne, ob Derartiges nicht heute schon geschehe. Wenn dort zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen werde, sei die Schwelle der Toleranz längst überschritten. Kufen betonte die Bedeutung der Integration; das ziehe aber die klare Absage jeder Form von Fundamentalismus, Extremismus und Radikalismus nach sich. Der Antrag bedeute nicht die Stigmatisierung von Minderheiten, sondern mache die Spielregeln des Zusammenlebens im Lande deutlich.

Britta Altenkamp (SPD) rief die CDU auf, bei ihren Anträgen sensibler vorzugehen und Populismus zu vermeiden. Dieser Antrag jedenfalls sei in beide Richtungen – die der Muslime und die der deutschen Mehrheitsgesellschaft – kontraproduktiv. Die Union sollte zu Stil und Inhalten der gemeinsam beschlossenen Integrationsoffensive des Landtags zurückkehren und zu einem vernünftigen und Vernunft gesteuerten Umgang mit den Fragestellungen in Zusammenhang mit der Integration muslimischer Gläubiger zurückfinden. Das sei besser, als sie „ständig auszugrenzen“. Sie sah keine Chance für eine „Sonderregelung für ausländische Schulen mit islamischem Hintergrund“.

RELIGIONSFREIHEIT

Dr. Ute Dreckmann (FDP) unterstütze das Anliegen des CDU-Antrags: Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit dürften religiöse Fanatiker nicht hier zu Lande ihr Unwesen treiben. Diese Forderung habe für die FDP allgemein gültigen Charakter, sie dürfe sich also nicht allein auf den Islam beschränken,

„sondern muss für alle religiösen fundamentalistischen Gruppen und Sekten gelten“. Dazu brauche man keine neuen Gesetze, es müssten nur die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Dazu fordere sie die Landesregierung auf.

Sybillie Haussmann (GRÜNE) wies, „vehement“ wie sie sagte, den Pauschalverdacht gegen die Muslime im Land zurück und verwahrte sich gegen „billigen Populismus“. Orientierung am Kindeswohl, Achtung der Verfassung – das seien doch Selbstverständlichkeiten: „Lassen Sie die Behörden in unserem Land ihre Arbeit machen“, fuhr sie fort, „wir haben die Instrumente, um den Fundamentalismus in unserem Land zu bekämpfen. Wir wenden sie an und werden sie auch in Zukunft anwenden. Dafür bedarf es nicht der Nachhilfe durch die CDU.“

Jamal Karsli (fraktionslos) sah im Antrag der CDU „ein Kettenglied in der gegenwärtigen Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen den Islam“. Es würden etwa 500 Kinder „als zukünftige Terroristen kriminalisiert“. Bei der Einweihung sei die König Fahad Schule von vielen Bundes- und Landespolitikern gelobt worden, erinnerte er: „Plötzlich soll aus dieser anerkannten Vorbildschule eine Kadenschmiede für Islamisten geworden sein?“ Das sei eine „Massenhysterie“. Er, Karsli, warne davor, „jedem Muslim automatisch zu unterstellen, direkter oder indirekter Anhänger von Al Kaida zu sein“.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) betonte ihre Entschiedenheit im Kampf gegen jeden fundamentalistischen Islamismus an den Schulen. Dagegen vorzugehen, habe das Land gesetzliche Grundlagen. Allerdings wäre es eine Illusion zu glauben, dass gesetzliche Regelungen allein dem Islamismus Herr werden können. Bei dieser Aufgabe sei die gesamte Integrationspolitik gefordert. Da könne die CDU das Zuwanderungsgesetz nicht länger blockieren, mahnte sie und erinnerte an den umfangreichen Maßnahmenkatalog, der in Zusammenarbeit mit der König Fahad Akademie aufgestellt worden sei. Dabei gehe man weit über das übliche Maß der Schulaufsicht über ausländische Schulen hinaus.

Aber bei allem müsse man integrationsfreundlich arbeiten und keine Spaltung zwischen den Religionsgemeinschaften hervorrufen. 🗣️

Schule mit Minaretturm – das Gebäude der König Fahad Akademie in Bonn.
Foto: Schälte



„Islam ist nicht gleichbedeutend mit Fundamentalismus“

Interviews mit den migrationspolitischen Sprechern der Fraktionen

Bei den Bemühungen um Integration von Migrantinnen und Migranten nimmt Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle ein. Als erstes Bundesland hat der Landtag NRW in der letzten Wahlperiode einen Ausschuss für Migrationsangelegenheiten eingerichtet. Über Erfolge, Ziele, aber auch Schwierigkeiten sprach Landtag intern mit den vier Ausschuss-sprecherinnen und -sprechern der Fraktionen: Britta Altenkamp (SPD), Thomas Kufen (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Sybille Haussmann (GRÜNE).

Terroranschläge fundamentalistischer Islamisten nehmen zu. Wie kann der Ausschuss dagegen in NRW vorgehen?

Altenkamp: Primär ist das nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, vermittelnd zu wirken. Wir merken allerdings schon, dass die Sensibilität beim Thema Fundamentalismus größer geworden ist. Wir haben uns beispielsweise über die Vorgänge an der König Fahad Akademie unterhalten. Da gibt es immer wieder Bedenken und Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern, die an uns herangetragen werden. Wir dürfen dabei nicht allen Tendenzen nachgeben, aber wir müssen versuchen, auf der einen Seite die aktuellen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Auf der anderen Seite müssen



Thomas Kufen (CDU)

Kufen: Ich glaube, dass man in den vergangenen Jahren eine andere Sichtweise bekommen hat. Die

Haussmann: Fundamentalismus zu bekämpfen ist in erster Linie Aufgabe der Polizei und des Verfassungsschutzes. Beim Thema Prävention ist natürlich wieder der Ausschuss gefragt. Wir müssen dafür sorgen, dass die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten so organisiert wird, dass sie sich nicht permanent als diskriminierte Gruppe in NRW fühlen müssen. Dazu haben wir die Integrationsoffensive beschlossen. Der Ausschuss hat schon einige gute Maßnahmen auf den Weg gebracht, z.B. den Integrationsbeauftragten. Er ist das Bindeglied zwischen den MigrantenInnen und der Landesregierung, was wir benötigen, um an dieser Stelle Kommunikation und Austausch zu verbessern. Zurzeit sind wir jedoch in unserer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, da wir auf zwei wichtige Bundesgesetze – das Zuwanderungs- und das Anti-Diskriminierungsgesetz – warten müssen.

schrecklichen Ereignisse haben dazu beigetragen. Die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, haben neben ihrer Kultur auch ihre Religion mitgebracht. Der Islam ist mittlerweile die drittgrößte Glaubensgemeinschaft mit fast einer Million Muslime allein in NRW. Daran zeigt sich auch, dass Integration manchmal besser funktioniert hat, als viele das wahr haben wollen. Die Politik hat mittlerweile erkannt, dass wir den Dialog mit dem Islam suchen müssen. Islam ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Fundamentalismus. Unsere Aufgabe ist es, Menschen muslimischen Glaubens vor Stigmatisierung zu schützen. Aber für islamistischen Fundamentalismus darf es keine Toleranz geben. Islamistische Einrichtungen müssen sich zur Einhaltung unserer Spielregeln verpflichten.

NRW hat viel zur Integrationsoffensive beigetragen. Wie könnte in Zukunft die Integration in die Gesellschaft besser voranschreiten?

Altenkamp: Wir haben uns im Ausschuss intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Ausländerbeiräte gestärkt werden können. Wir haben diskutiert, die Gemeindeordnung zu ändern und Migrationsausschüsse zu gründen. Wir sind jedoch übereingekommen, die Gemeindeordnung nicht zu ändern. Nach der Gemeindeordnung ist es zwingend erforderlich, dass Ausschüsse immer die Mehrheitsverhältnisse des Rates abbilden. Deshalb ist es schwer einen Ausschuss zu bilden, in dem direkt gewählte Migranten eine Mehrheit bilden. Mit Hinweis auf die Experimentierklausel, Paragraph 126 GO, haben wir uns daher dafür ent-



Britta Altenkamp (SPD)

wir versuchen, Vermittler zu bleiben und Integration weiterhin zu ermöglichen. Das ist die schwierige Doppelaufgabe, die wir zu erfüllen haben.

schieden, dass die jeweilige Kommune selbst entscheiden kann, wie viel Entscheidungsmöglichkeiten der Ausländerbeirat haben soll. Letztlich ist das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten der beste Weg zu mehr Partizipation. Leider fehlt uns hierfür die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittel-Mehrheit.

Kufen: Wir brauchen eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Im Moment leisten die Kommunen die

meiste Integrationsarbeit. Das ist vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzausstattung auf Dauer nicht tragbar. Deshalb brauchen wir einen Konsens über die Zuständigkeiten bei der Integration. Das haben wir momentan noch nicht und das ist unser Kritikpunkt. Unsere Landesregierung erklärt ihre Untätigkeit in diesem Bereich damit, dass das Zuwanderungsgesetz auf Bundesebene noch nicht vorliege und somit die gesetzliche Grundlage fehle. Ich halte das für falsch, zumal Integration im Zuwanderungsgesetz deutlich unterbelichtet ist. Die CDU-Fraktion hat ein Integrationsgesetz vorgelegt, um jetzt schon eine Grundlage zu schaffen, um Fördern und Fordern in Gleichklang zu bringen. Wenn man verlangt, dass alle Migrantinnen und Migranten die deutsche Sprache beherrschen, dann muss ich auch entsprechende Angebote wie z.B. Sprachkurse machen.

Dr. Dreckmann: Die FDP-Fraktion hat den Antrag eingebracht, an Stelle der Ausländerbeiräte Ausschüsse für Migration und Integration nach dem LAGA-Modell einzurichten. Dass ist leider im Plenum abgelehnt worden, und zwar – was mich verwundert hat – auch mit den Stimmen von Rot-Grün. Wir halten an unserem Konzept fest. Ich werde versuchen, dass wir in Bochum ein Modellprojekt dazu anregen können, auch wenn uns jetzt vom Innenminister Steine in den Weg gelegt worden sind. Darüber hinaus kämpft die FDP weiterhin dafür, dass auch Migranten, die nicht zur EU gehören, das kommunale Wahlrecht bekommen. Dann müssen wir natürlich dafür sorgen, dass mehr Sprachkurse an den Schulen eingerichtet werden und dass Migrantenkinder schon im Kindergartenalter deutsch lernen. Die Bemühungen in diese Richtung sind bereits angelaufen, könnten aber noch deutlich forciert werden.



Sybille Haussmann (GRÜNE)

Haussmann: Die Grünen wollten den Paragraf 27 der Gemeindeordnung ändern und allen größeren Kommunen vorschreiben, dass sie in Zukunft keine Ausländerbeiräte, sondern stattdessen Integrationsausschüsse gründen sollten. Hier wäre erstmalig eine Institution geschaffen worden, wo sich die Ratsfraktionen und die Migrantenvertreter hätten austauschen müssen. Dieses Vorhaben mussten wir zurückstellen, da unser Koalitionspartner und ins-

besondere die Kommunen damit nicht einverstanden waren. Wir haben im Ausschuss diskutiert und im Plenum den Beschluss gefasst, das Instrument der Experimentierklausel im Rahmen der Gemeindeordnung stärker zu nutzen ist. Darüber hinaus ist unser Anliegen nach wie vor ein kommunales Wahlrecht auch für nicht EU-Angehörige. Alles, was wir stattdessen an Partizipationsmöglichkeiten bieten, bleibt eine Krücke.

Wie trägt der Ausschuss dazu bei, dass die Arbeitsbedingungen für Migrantinnen und Migranten verbessert werden?

Altenkamp: In NRW haben wir im Bundesdurchschnitt die meisten Abiturienten mit Migrationshintergrund. Das ist ein Erfolg. Andererseits ist die Gruppe derjenigen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, größer, als diejenige, die Abitur machen. Wir müssen daher die Migrantinnen und Migranten immer wieder darauf hinweisen, dass ein Schulabschluss und eine Ausbildung die Grundvoraussetzungen sind, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können. Dazu gehört natürlich besonders die Sprachkompetenz. Gleichzeitig müssen junge Migranten flexibler werden, was die Wahl des Ausbildungsberufes und des Ausbildungsortes betrifft. Viele von ihnen sind sehr ortsfixiert oder haben falsche Vorstellungen über Ausbildungsberufe, die sie anstreben. Darüber hinaus ist aber auch mehr Flexibilität bei den Ausbildungsbetrieben gefragt.

Kufen: Integration ist kein Selbstläufer. Um Integration voranzutreiben, brauchen wir Vorbilder, die vorleben, dass man auch eine positive Biografie vorweisen kann, wenn man aus einem sozialschwachen Umfeld kommt. Nach wie vor sind 50 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Migrantinnen und Migranten An- oder Ungelernte. Für eine erfolgreiche

Integrationsarbeit gehören Sprache und Bildung zusammen. Die Sprache allein reicht nicht aus. Beides zusammen ist die zwingende Voraussetzung, damit sich Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt behaupten können. Deshalb müssen wir beides fördern. Tun wir das nicht, ist der Weg in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe vorprogrammiert.

Dr. Dreckmann: Solange wir es nicht schaffen, dass Menschen mit Migrationshintergrund wirklich ausgezeichnet die deutsche Sprache sprechen, haben sie einfach geringe Chancen in dieser Gesellschaft. Wir müssen ihnen aber auch die Chance geben, die Sprache zu erlernen. Wir müssen zudem Überzeugungsarbeit bei den Eltern leisten, dass es wichtig ist, nicht nur die Schule zu absolvieren, sondern auch anschließend eine Ausbildung zu machen. In dem Bereich hat der Ausschuss noch eine ganze Menge zu leisten. Auch in Zusammenarbeit mit der Industrie und den Handwerkskammern. Wir müssen verstärkt dafür werben, dass die Betriebe Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance geben. Darüber hinaus ist es



Dr. Ute Dreckmann (FDP)

Fotos: Schälte

wichtig, dass Migrantinnen und Migranten vermehrt im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Und wir müssen dafür sorgen, dass junge Migranten, die hier geboren werden, auch hier studieren und hochqualifizierte Berufe ergreifen.

Haussmann: Der Ausschuss hat gerade einen Antrag beschlossen, mit dem wir die Mehrsprachigkeit von Migrantinnen und Migranten fördern wollen. Das ist eine wichtige Kompetenz, die sie vielen von uns voraushaben. Unsere Intention ist, in den Schulen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass beide Sprachen, die ein Kind mitbringt, gepflegt und weiterentwickelt werden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Antrags ist es, bilinguale Schulprojekte zu fördern. Auf der anderen Seite versuchen wir mit der Kampagne „Chance NRW“ Firmen dafür zu sensibilisieren, jugendliche Migranten in Ausbildungen zu nehmen.

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Antrag macht weitere Entwicklung deutlich

Opposition kritisiert: NRW will bloß Gesamtschule vor Vergleich schützen



Die Koalitionsfraktionen wollen mit der Festlegung auf gemeinsame Bildungsstandards, Lernstandserhebungen und teilzentralen Prüfungen für alle Schulen mehr Freiheit und Qualität erreichen. Außerdem solle die Kultusministerkonferenz (KMK) Regelungen abschaffen, die die nordrhein-westfälischen Gesamtschulen zur äußeren Differenzierung zwingen. Diesen Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/4593) hat der Landtag nach Debatte am 21. November in direkter Abstimmung gegen CDU und FDP angenommen.

Kinder lernen gern, wenn der Unterricht interessant ist und Spaß macht – wie hier beim Kennenlernen von Tieren des Waldes. Foto: Schälte

Manfred Degen (SPD) meinte, Ziel des Antrags sei, dem Land in der Dezembersitzung der KMK den Rücken zu stärken: Über die intensive Diskussion über die Funktion Bildungsstandards hinaus gebe es in diesem Gremium noch keine offene Debatte über Schulsysteme. Aber auch der Landesregierung werde „Druck“ gemacht, indem ihr ein enger Zeitrahmen gesetzt werde, um auf der Grundlage der Bildungsziele Schulform übergreifende Bildungsstandards zu formulieren. Statt umfangreicher Lehrpläne wolle man die Konzentration auf Kerncurricula. Die angestrebten Lernstandserhebungen seien eine Art Kontrolle für die Schule. Das Ziel teilzentraler Prüfungen sei kein Eingehen auf langjährige Forderungen der Opposition nach zentralen Prüfungen. Hier gehe es nicht um Differenzierung zwischen den Prüfungsfächern, sondern um Differenzierung der Aufgaben innerhalb der Prüfungsfächer: im Fach Deutsch zum Beispiel bestimmte verbindliche Kernbereiche zentral, „aber den Literaturbereich bitte schön dezentral, damit die Schulen auch noch einen Gestaltungsspielraum haben“.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) umschrieb die künftige Steuerung des Bildungssystems so: „Mit den Zielen fängt es an, umgesetzt in Standards und überprüft in Lernstandserhebungen.“ Die Koalition habe sich, anders als die Opposition, für Schulform übergreifende Standards entschieden. Sie freue sich über den Paradigmenwechsel, den auch die KMK vollzogen habe; danach sei der Bildungsauftrag an den Schulen vom Grundsatz her gleich. Am Ende der Schul-

zeit würden einheitliche Abschlüsse vergeben: „Auf die Schulform bezogene Standards passen hier nicht ins System.“ Mit dem Antrag der Koalition setze man ein klares Signal an die KMK, das so genannte Hamburger Abkommen zu überarbeiten: Das Festschreiben von Quantitäten sei nicht mehr zeitgemäß.

Herbert Reul (CDU) fragte, was sich hinter den Überschriften des Antrags verbirgt: Da müsse man genau hinschauen. Für den Sprecher war klar, dass es sich dabei wieder einmal um eine Mogelpackung handle. Mit aller Kraft versuche Rot-Grün, „in den integrativen Schulträumen von vorgestern herum zu schwimmen“. Was es zu tun gebe, packe die Regierung zu halbherzig an, Leistungsstandards und Qualitätssicherung hätten schon lange gemacht werden müssen, fand er. Reul warf der Koalition vor, sie wolle in Wirklichkeit bei der KMK eine Vorschrift außer Kraft setzen, „die bisher dafür sorgt, dass die Gesamtschulen in ihren Qualitätsansprüchen denen der anderen Schulen entsprechen“. Wer aber glaube, jetzt eine neue Initiative für integrative Schulsysteme starten zu können, der liege „voll daneben“. Dieses Schulsystem habe keine Zukunft mehr – übrigens die Regierungskoalition auch nicht.

Ralf Witzel (FDP) erwähnte die zahlreichen Initiativen, die seine Fraktion in der Sache schon unternommen hat: „Sie haben Sie abgelehnt. Jahre verloren!“ Diese Vorstellungen

bringe man gerne in den Beratungsprozess ein; aber ohne Ausschussberatung und ohne Korrekturen sei der Antrag nicht beschlussfähig, urteilte Witzel. Man wolle nicht „abstrakt und als Selbstzweck“ möglichst viele formal hohe Abschlüsse, „wir brauchen höhere Standards und mehr Leistung, um dann mehr höhere Abschlüsse sachlich rechtfertigen zu können“.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) setzte sich für die Gesamtschule ein: „NRW ist in diesem Bereich führend in der Bundesrepublik, wenn es darum geht, ein System zu etablieren, das einen Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung enthält, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und damit ein wirksames gesellschaftspolitisches Instrument ist, um unser Land nach vorn zu bringen. Hier agieren wir mit großem finanziellen Einsatz“, betonte die Ministerin. Bei dem Antrag gehe es darum, Weichen zu stellen, um den Schulen zu helfen, bessere Ergebnisse zu erreichen und die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auf Dauer zu verbessern. Keinesfalls gehe es darum, „einfach nur Schulen und ihre Schülerinnen und Schüler mit Tests zu überziehen, sie an den Pranger zu stellen und zu hoffen, dass sie sich bei schlechten Ergebnissen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen“. Mit dem Antrag werde der von der Regierung eingeschlagene Weg unterstützt „und darüber hinaus klare Aufträge und Orientierungen für den weiteren Entwicklungsprozess formuliert“.

Kultur – keine Sache des Landes?

Die Kultur fördern wollen alle, nur über das „Wie“ konnten sich Koalition und Opposition nicht einigen

Die Mehrheit von SPD und Grünen lehnte den FDP-Antrag „Tarifliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur verbessern“ (Drs. 13/3956) nach einer Aussprache am 20. November ab. Begründung: Das Land sei nicht berechtigt, sich in die Tarifverhandlungen der Parteien einzumischen. CDU und FDP warnten vor drohenden Schließungen und Zusammenlegungen von Theatern.

Manfred Böcker (SPD) zeigte sich erstaunt, dass gerade die Liberalen einen Antrag stellen, der in seiner Konsequenz die von der FDP oft geforderte Trennung von Staat und Gesellschaft aufheben würde. Böcker gab zu bedenken, dass das Land NRW als Arbeitgeber kaum auftrete, da die meisten Kultureinrichtungen des Landes in Händen der Kommunen lägen. NRW sei somit nicht in diese Tarifverhandlungen involviert, es bleibe die Sache von Kommunen, den anderen Bundesländern und des Bühnenvereins auf der einen und der Gewerkschaften auf der anderen Seite. Eine solche strikte Abgrenzung der Tarifstrukturen und der Zuständigkeiten sei manchmal ein wenig lästig, so Böcker: „Andererseits, denke ich, sollte sich die Politik aus diesem Bereich einfach heraus halten.“

Richard Blömer (CDU) forderte mehr Freiheit für die rechtliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in kulturellen Einrichtungen, da die bislang gültigen Tarifverträge des öffentlichen Dienstes dem Theaterbetrieb nicht gerecht würden. Eine selbstständige Betriebsform wie

sie das Theater in Weimar modellartig führe, sei seiner Meinung nach der richtige Weg. Anderenfalls werde man im kulturellen Breitenangebot der Städte in den kommenden Jahren mit einer erheblichen Ausdünnung rechnen müssen. Um für die Kultur in den nächsten Jahren eine neue Perspektive eröffnen zu können und drohende Schließungen und Zusammenlegungen zu vermeiden, müsse man als Landesgesetzgeber dafür sorgen, dass es weiterhin eine Breitenkultur, wie auch eine Theaterkultur, im Land geben kann.

TARIFAUTONOMIE

Brigitte Capune-Kitka (FDP) wies darauf hin, dass der Antrag der FDP ein wesentlicher Schritt aus der finanziellen Misere für die Kultureinrichtungen des Landes sein könne. Er könne helfen, die Kosten zu senken und somit wieder für mehr Geld für künstlerische Gestaltung sorgen und dem allgemeinen Jammern ein Ende bereiten. Ein solcher Sparkurs müsse schließlich nicht schicksalhaft hingenommen werden, betonte die Sprecherin. Der Besuch des Luxor-Theaters in Rotterdam habe gezeigt, dass die 65 Prozent der Kosten, die die Theater für das nicht-künstlerische Personal aufbringen müssten, die Produktionen letztlich so teuer machten, dass sämtliche Spielräume ausgereizt seien. Damit in den Theatern die Kunst wieder die Hauptrolle spiele, müssten die riesigen Ver-

waltungsapparate eingedampft und flexibler gestaltet werden. Ein Spartentarifvertrag könne dabei die Lösung sein. „Wenn wir dieses Absurdistan nicht verändern, werden wir die Kultur weiterhin zu Grunde richten“, so Capune-Kitka.

Oliver Keymis (GRÜNE) unterstrich die grundlegende Position seiner Partei: „Wir mischen uns grundsätzlich nicht in Fragen ein, die die Tarifaufonomie an sich berühren.“ Man werde hier nur auf bestehenden Verhältnissen aufbauen können und sich fragen müssen, wie man das Vorhandene so verändern kann, dass es für alle mehr Sinn mache. Mit einer „Hauruckmentalität“ sei bei diesem Problem nicht weiter zu kommen. Vielmehr müsse man sorgfältig prüfen, ob man bei Veränderungen nicht mehr aufs Spiel setzt, als man möglicherweise zu gewinnen in der Lage ist. Bei einer solchen Analyse dürfe man weder die Künstler noch das technische Personal außer Acht lassen – denn diese seien in ihrer Arbeit eng miteinander verbunden.

Jugendministerin Ute Schäfer (SPD), die stellvertretend für Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) sprach, war auch der Meinung, dass staatliche Instanzen gut beraten seien, Zurückhaltung zu üben. „Das gilt vor allem für das Land NRW und gerade im Kulturbereich“, sagte die Ministerin. Auch ohne die Intervention des Landes seien die zuständigen Tarifparteien bereits auf einem guten Weg. Bevor man bestehende Regeln radikal ändern wolle, müsse man die vorhandenen Spielräume besser nutzen. Hier staatlichen Druck zu erzeugen, sei der falsche Weg.

Schöne Tradition ist es, dass ein prächtiger Weihnachtsbaum im Advent die Eingangshalle des Landtags schmückt. Gestiftet vom Waldbauernverband des Landes und später mit Kugeln und Kerzen herausgeputzt, erfreut in diesem Jahr in der Vorweihnachtszeit eine große Nordmannanne mit Doppelspitze Abgeordnete, Besucher und Beschäftigte. Eine zweite Omorikafichte, ebenfalls vom Waldbauernverband, steht im Landtagsrestaurant. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Mitte) dankte dem Verband für sein jahrelanges Engagement, dem Landtag zwei Weihnachtsbäume aus Nordrhein-Westfalen zu schenken. Die nach Wald und Harz duftende Spende übergab Dietrich Graf von Nesselrode (links neben Schmidt). Der Zeremonie wohnten die Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Marie-Luise Fasse (CDU, L) und die Sprecherin der SPD im Ausschuss, Irmgard Schmid (r.) bei.

Foto: Schälte



Eine Region macht Ernst mit dem Bürokratieabbau

Ostwestfalen-Lippe: Mehr Wachstum durch weniger Vorschriften

Den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/4586) zum Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe (OWL) überwies der Landtag nach der ersten Lesung am 21. November an den Wirtschaftsausschuss (federführend). Eine gute Woche vorher hatte bereits eine Aussprache über den CDU-Antrag „Modellregion Ostwestfalen-Lippe fördern und unterstützen!“ stattgefunden (13/4562).



Helga Giesselmann (SPD)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)

Marianne Thomann-Stahl (FDP)

Ute Koczy (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) bezeichnete den Gesetzentwurf als weiteren innovativen Baustein zur Modernisierung, zum Bürokratieabbau und zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren. Er räumte einen starken Trend zum Perfektionismus in der Vergangenheit ein, mit Abhängigkeit von engmaschigen Netzwerken. NRW sei bundesweit jetzt aber Vorreiter bei Reformen, hebe zum Jahresende 1.700 Erlasse auf, befriste alle neuen Gesetze und modernisiere den öffentlichen Dienst. In der Modellregion Ostwestfalen-Lippe würden drei Jahre lang ausgewählte Rechtsvorschriften außer Kraft gesetzt, um unternehmerisches Handeln, Existenzgründungen und die wirtschaftliche Entwicklung zu erleichtern. Das Konzept sei von den Akteuren aus der Region gekommen. Mit dem Vertrauensvorschuss vor Ort werde Neuland betreten. Erfolgreiche Vorschläge könnten schon eher umgesetzt werden.

Helga Giesselmann (SPD) begrüßte das Vorhaben und wies auf die Koalitionsvereinbarung hin, alle neuen Vorschriften zu befristen und ständig zu überprüfen. Doppelstrukturen bedeuteten oft Zeitverzögerung und verfestigten unterschiedliche Interessen. Es gehe darum, Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit und soziale Sicherung einfacher zu erreichen. Von 35 Vorschlägen lägen 20 in der Kompetenz des Landes und 19 würden für einen Testlauf in

OWL empfohlen. Weitere positive Signale erwarte sie von der Präsentation guter Beispiele in der Region und vom Training der Beteiligten.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) äußerte sich ebenfalls zufrieden: „Endlich wird es konkret.“ Er schlug vor, bei Planungs- und Genehmigungsverfahren die untere Bauaufsicht entscheiden zu lassen. Die Zusammenlegung von Arbeitsschutz- und Umweltämtern sei nur mit rigoroser Aufgabenkritik sinnvoll. Die neue Behörde dürfe der Reform der mittleren Verwaltung nicht im Wege stehen. Die Wertung der Erprobung solle extern erfolgen. Um das Inkrafttreten zu beschleunigen, solle keine Anhörung durchgeführt werden.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) sah keinen Anlass für überschwängliches Selbstlob der Landesregierung. Von Bürokratieabbau hätten die NRW-Wirtschaft und die Bürger noch nicht viel gespürt. Der Mittelstand leide unter Bürokratiekosten von bis zu 4.000 Euro je Arbeitsplatz und Jahr. Auf ihrem Schreibtisch seien 34 neue Verordnungen und Erlasse gelandet. Das Tariftrueugesetz hätte sich gut zum Bürokratieabbau geeignet. Es verteuere öffentliche Bauaufträge um fünf Prozent. Das hätte man der Region OWL ersparen können. Seit 1994 seien die Leistungen der Wirtschaft für den Staat um 50 Prozent auf rund 46 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen.

Ute Koczy (GRÜNE) unterstützte die Initiative und erwartete einen starken Impuls. Es gebe weitere Vorschläge für zukunftsfähiges Regieren. Ganzheitliche, nachhaltige Herangehensweise sei nötig. Ostwestfalen-Lippe eigne sich hervorragend als Modellregion. Sie meldete Zweifel an, ob beim Ändern von Gebietsentwicklungsplänen die am Gemeinwohl orientierten Belange ausreichend berücksichtigt würden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) verlangte, der Abbau überflüssiger und wirtschaftsfeindlicher Vorschriften solle so schnell wie möglich für das ganze Land erfolgen. Als lippische Abgeordnete freue sie sich. Die Region OWL habe das verdient mit mehr als zwei Millionen Einwohnern, zahlreichen mittelständischen Unternehmen von Weltruf, auch einigen Großunternehmen und 850.000 Arbeitsplätzen. Traditionell sei hier Unternehmergeist zuhause. Das Land solle auch beim Bund den Abbau von Bürokratie vorantreiben.

Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe

(Details aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung)

- ▶ Die Modellregion umfasst den Regierungsbezirk Detmold.
- ▶ Umwelt und Arbeitsschutz werden in einem staatlichen Amt zusammengeführt.
- ▶ Änderungen der Gebietsentwicklungspläne brauchen der Landesplanungsbehörde nur noch angezeigt zu werden.
- ▶ Bei Bauten an Straßen gilt die Genehmigung als erteilt, wenn sie nicht innerhalb eines Monats nach Antragseingang versagt wird.
- ▶ Nichtamtliche Schilder dürfen aufgestellt werden, wenn sie den Verkehr nicht behindern.
- ▶ Die Nutzung von Hochschuleinrichtungen, der Forschungstransfer und der Zugriff von Notaren auf das Liegenschaftskataster werden erleichtert.
- ▶ Kommunen können verkaufsoffene Sonntage festlegen.
- ▶ Außer Ostwestfalen-Lippe hat der Bund Bremen und Schwerin als Testgebiete für Bürokratieabbau ausgewählt.

Auf dem Weg nach Europa

Die Landesbank wird zur Förderbank umstrukturiert

Einen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umstrukturierung der Landesbank NRW zur Förderbank (Drs. 13/4578) überwies der Landtag nach der 1. Lesung am 20. November an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend).

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) erklärte, die Landesbank solle zu einer europakonformen Förder- und Strukturbank werden. Das Gesetz schaffe den rechtlichen Rahmen für Förderaufgaben. Die Förderprogramme der Ressorts sollten dann von der Landesbank abgewickelt werden. Diese erhalte mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung optimale Finan-

und für Städte und Gemeinden ausgehen. Die Förderprogramme würden optimiert. Die Abstimmung mit der EU-Kommission sei abgeschlossen. Die Wohnungsbauförderungsanstalt sei von den Änderungen nicht berührt, sondern bleibe organisatorisch und wirtschaftlich selbstständig. Das werde ausdrücklich klargestellt.



Wolfgang Gerhards (SPD)

Gisela Walsken (SPD)

Helmut Diegel (CDU)

Fotos: Schälte

zierungsmöglichkeiten für Fördergeschäfte. Andere Geschäftsbereiche müssten ausgliedert werden. Hohen Vorteil bringe die Refinanzierungsgarantie.

Gisela Walsken (SPD) begrüßte den Gesetzentwurf. Von dem neuen Förderinstitut würden wirksame Impulse für den Mittelstand

Vorgaben zu machen. Das sei nicht in Ordnung. Die Landesbank müsse Förderprogramme nach Bankermessen abwickeln, nicht nach dem Willen der Parteien oder einer Regierung.

Angela Freimuth (FDP) bestätigte, das Gesetz sei ohne Alternative, da sonst Anstaltslast

und Gewährträgerhaftung wegfielen. Allerdings gingen die Förderbereiche weit über Mittelstand und Existenzgründung hinaus und sollten auch Umweltschutz, Landwirtschaft und soziale Maßnahmen umfassen. Über die Förderpolitik des Landes solle aber weiter das Parlament und nicht die Landesbank befinden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sah als wesentliche Aufgaben die der Investitionsbank NRW, die künftig die Landesförderbank erfüllen werde. Das begrüße er. Die Grünen seien darüber hinaus an nachhaltiger Förderung interessiert. Da gebe es Nachbesserungsbedarf. Wichtig sei auch, den Informationsaustausch zwischen WestLB AG und Landesbank zu verbessern.

Winfried Schittges (CDU) begrüßte die Übereinstimmung mit der EU und das Einbeziehen der kommunalen Körperschaften. Er erhoffte eine gute Einstufung der Landesförderbank durch die Rating-Agenturen. Sorgen bereite die Konkurrenz der Kreditanstalt für Wiederaufbau des Bundes mit dreimal so hoher Bilanzsumme. Mit der Refinanzierungsgarantie sei kein höheres Risiko der Eigentümer verbunden. Das sei der CDU wichtig. Lebenswichtig sei das Kerngeschäftsfeld Kommunalfinanzierung. Ob neben Wohnungsbau auch Städtebau-Geschäfte möglich seien, stehe im Raum.



Angela Freimuth (FDP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Beamte: Weihnachtsgeld gekürzt und Urlaubsgeld gestrichen

In dritter Lesung verabschiedete der Landtag am 21. November die Kürzung des Weihnachtsgelds und die Streichung des Urlaubsgelds für die Landesbeamten. Beim Weihnachtsgeld setzten SPD und GRÜNE geringere Einschnitte für untere Besoldungsgruppen durch. Die CDU kritisierte, 27.000 Beamte der Gruppe A 9 würden schlechter gestellt als

18.000 der Gruppen A 1 bis A 8. Bei Pensionsempfängern werde das Weihnachtsgeld unangemessen stark gekürzt. Die FDP verlangte, Minister sollten gar kein Weihnachtsgeld mehr erhalten. Der Finanzminister erwiderte, bis zum Jahr 2005 sei für die Mitglieder der Landesregierung eine Gehaltserhöhung ausgeschlossen.



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Auf Anregung des **Medienausschusses** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) findet am Freitag, 12. Dezember, im Landtag der „Tag der Medienkompetenz“ statt. Im Plenarsaal können Bürgerinnen und Bürger nachmittags mit Politikern über Medien diskutieren oder dem Symposium zuhören. Eine Ausstellung informiert über geförderte Projekte wie „Senioren Online“. Die Veranstaltung ist kostenlos.

+++

Zur Neuorganisation der mittleren Verwaltungsebene in NRW nehmen am 8. Januar 2004 erneut die kommunalen Spitzenverbände im **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) Stellung. Das hielt der Ausschuss für notwendig, nachdem von SPD und GRÜNE neue Vorschläge eingebracht worden waren. Der CDU-Gesetzentwurf vom Februar 2002 sah eine Stärkung des Kommunalverbands Ruhr vor, wobei regionale Verwaltungsaufgaben nur noch drei Mittelinstanzen (Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen) anstelle der fünf Bezirksregierungen, des KVR und der beiden Landschaftsverbände übertragen würden.

+++

Die Altenpflegeausbildung ist Gegenstand einer Sachverständigen-Anhörung des **Sozialausschusses** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) am 14. Januar 2004.

+++

Das Tariftreugesetz soll auf Wunsch von CDU und FDP nicht erst in drei Jahren auf den Prüfstand. Im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) einigten sich die Fraktionen am 10. Dezember, Erfahrungen aus der Praxis bereits in einer Anhörung im März zu erfragen.

+++

„Naturan“ ist in Wasser gelöstes Montanwachs und wurde nach Genehmigung durch das Bergamt Düren im Tagebau Hambach von Rheinbraun versuchsweise als Staubbindemittel eingesetzt. Das und vieles mehr erfuhr der **Ausschuss für Grubensicherheit** (Vorsitz Peter Budschun, SPD), als am 5. Dezember über die Tätigkeit der NRW-Bergbehörden im Jahr 2002 berichtet wurde.

+++

Alle vier Fraktionen des Landtags setzen sich dafür ein, Palliativmedizin und Sterbegleitung zu stärken, um allen ein menschen-

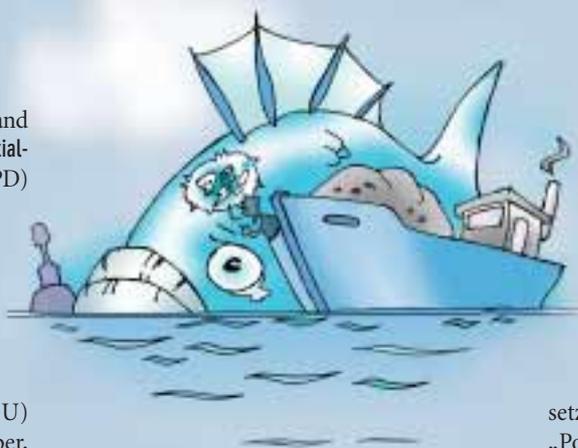
würdiges Lebensende zu sichern. Sie lehnen aktive Sterbehilfe und Tötung auf Verlangen ab. Im **Sozialausschuss** einigten sie sich darauf, die Anträge aller Fraktionen erst nach dem Jahreswechsel zu einer gemeinsamen Entscheidung zusammenzufassen.

+++

Seit Tierrückstände nicht mehr als Futtermittel verwendet werden dürfen, sind die Kosten der Kreise und Städte für die Verbrennung gestiegen. Nun sollen sich die Tierhalter mit 25 Prozent an der Beseitigung beteiligen. Das mache Kosten pro Tier von 2,54 Euro aus, so der Änderungsentwurf zum Tierkörperbeseitigungsgesetz (Drs. 13/4503), der dem **Landwirtschaftsausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) überwiesen wurde. In NRW werden sechs Millionen Schweine und 1,6 Millionen Rinder gehalten und ihre Schlachtrückstände bisher kostenfrei für die Halter entsorgt.

+++

Das NRW-Umweltministerium will den Rhein zwischen Bad Honnef und Emmerich als FFH-Fischschutzzone



in Brüssel anmelden, allerdings nur vom Ufer bis zur Hauptfahrrinne. Nach Einsprüchen von Kammern und Behörden verlangt die FDP jetzt, die Landesregierung solle davon absehen, und weist auf Behinderungen von Ausbau und Unterhaltung der Wasserstraße und auf die umweltfreundliche Transportleistung der Binnenschifffahrt hin. Ihren Antrag hat der Landtag am 21. November an den **Umweltausschuss** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) überwiesen.

+++

Sportarten wie Wandern, Klettern und Kanufahren sollen als natur- und landschaftsverträglich angesehen und ihre Ausübung ebenso wie ein Betretungsrecht bei der Umsetzung des Bundesnaturschutzgesetzes in

Landesrecht gesichert werden. Das fordere das Kuratorium „Sport und Natur“, berichtete Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) im **Sportausschuss** (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) am 24. November.

+++

Ein Kfz-Technikmeister gründete ein Unternehmen, das Ersatzteile für hochwertige Oldtimer und historische Sportwagen mittels Computertomografie nachzubauen ermöglicht. Er wurde aus dem Beratungsprogramm Wirtschaft des Landes unterstützt, als einer von mehr als tausend Existenzgründern im Jahr 2002 (Vorlage 13/2452 an den **Wirtschaftsausschuss**).

+++

Mehr als 100 Bedienstete sollen bei den Autobahnpolizei-Stationen in NRW abgebaut und der Kreispolizei zugeschlagen werden. Das Innenministerium erklärte in einer Aktuellen Viertelstunde am 27. November im **Innenausschuss**, nur die Länge der Autobahnabschnitte und die Unfallzahlen entschieden über die „Kräfteverteilung“.

+++

Einen Erlass über die fließgewässerökologische Anpassung von Wasserkraftwerken kündigte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) für das Frühjahr 2004 im **Umweltausschuss** an. Unter anderem geht es um die Abwärtspassierbarkeit für Wanderfische (Lachs, Aal) im Rhein und in den Flüssen Lippe, Niers/Nette, Sieg und Lahn.

+++

Die FDP-Minderheit im **Innenausschuss** setzte eine Anhörung zu ihrem Antrag „Polizeireform jetzt“ durch. Die SPD hatte dagegen auf die derzeit damit befasste Kommission des Innenministers verwiesen. Nach den Vorstellungen der FDP sollen der Behördenaufbau gestrafft und die Sicherheit für jeweils eine Million Einwohner durch 19 regionale Polizeipräsidien gewährleistet werden.

+++

Die Sparkassen hätten Auswirkungen strategischer Fehlentscheidungen von privaten Banken auf ihre Kunden und die mittelständische Wirtschaft merklich abgemildert, äußerte Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) am 27. November im **Haushaltsausschuss** (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Er lehnte Vorschläge des Internationalen Währungsfonds in Richtung Zentralisierung und Privatisierung der deutschen Sparkassen ab (Vorlage 13/2461).

Selbstständiges, lebensbegleitendes Lernen sei von zentraler Bedeutung für berufliche Chancen und die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe, sagte Dr. Klaus Meisel, Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung in Bonn. Fort- und Weiterbildung leiste dazu einen wesentlichen Beitrag. Die Weiterbildungseinrichtungen böten auch

ohne Schulabschluss sind aus Sicht der Volkshochschulen (VHS) die Verlierer der Haushaltskürzungen. Schon in diesem Jahr hätten 2.500 junge Leute abgewiesen werden müssen, die nach den Sommerferien an einer VHS den Haupt- oder Realschulabschluss nachholen wollten. Hammelrath: „Ich sehe den öffentlichen Bildungsauftrag der Volkshochschulen

Ein Beispiel für die dramatische Situation der Volkshochschulen gab Michael Strohmeier, Leiter der VHS Erkrath. Der Stadt gehe es schlecht, sie streicht alle erdenklichen Mittel. „Schon jetzt haben wir die Hälfte unseres Angebotes eingespart. Wir können uns keinen zweiten Bildungsweg mehr leisten.“ Gehe der Sparkurs derart weiter, dann gäbe es irgendwann nur noch zwei Sachbearbeiter, die dann kostendeckend Kurse in Yoga und Aquarellmalen anbieten würden, so seine düstere Vision.

Zweiter Bildungsweg in Gefahr?

9. Weiterbildungskonferenz des Schulausschusses

Ausschussvorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU, l.) im Gespräch mit Dr. Klaus Meisel aus Bonn. Foto: Schälte

Repräsentanten der Weiterbildungseinrichtungen des Landes appellierten auf der 9. Weiterbildungskonferenz an die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Weiterbildung (Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU), den geplanten Konsolidierungsbeitrag von 15 Prozent für die Zeit des Doppelhaushaltes 2004/2005 noch einmal zu überdenken – andernfalls würde einer immer größeren Gruppe Menschen das Prinzip des lebenslangen Lernens verwehrt bleiben.



Gelegenheit, Schulabschlüsse nachträglich zu erwerben. Gerade im Zusammenhang mit einer stetig abnehmenden Bildung der Schulabgänger, sei das unverzichtbar. Denn letztlich werde der Druck auf die regionalen Wirtschaftsstandorte immer größer und Standortvorteile würden immer mehr nach den Kompetenzen und Qualifikationen der Menschen entschieden, führte Meisel weiter aus. Auch, wenn vor allem diejenigen an der Weiterbildung teilnehmen, die bereits gut gebildet sind, in den Weiterbildungseinrichtungen habe man „einen Ort, wo alle Gruppen der Gesellschaft hingehen können. So einen Ort sollten wir gut pflegen“, lautete Meisels Resümee.

SCHULABSCHLÜSSE

Danach hielt Reiner Hammelrath, Direktor des Landesverbandes Volkshochschulen NRW, ein Plädoyer für den Erhalt der bestehenden Fort- und Weiterbildungseinrichtungen des Landes. Analphabeten, Migrantinnen und junge Leute

durch weitere geplante Einsparungen bedroht. Wir wollen und dürfen keine Einrichtung für Besserverdienende werden.“

Der Verband wehrt sich gegen Pläne, die Landesförderung für die VHS im Doppelhaushalt 2004/2005 um weitere 5,3 Millionen auf 44,8 Millionen Euro zu kürzen. Schon im vergangenen Jahr seien fünf Prozent des Budgets gekappt worden. Weder die ohnehin häufig finanzschwachen Teilnehmer, noch die Kommunen könnten diese Fehlbeträge ausgleichen. Der Beitrag der Kursteilnehmer habe sich von 1992 bis 2002 schon von 33,3 Millionen auf 60,4 Millionen Euro fast verdoppelt. Die Kosten einer Unterrichtsstunde liegen im Durchschnitt zwischen 1,38 und 4,60 Euro pro Teilnehmer.

Im vergangenen Jahr hätten rund 5.000 Personen an einer VHS in NRW Alphabetisierungskurse belegt. Rund 6.000 junge Leute besuchten jedes Jahr ein VHS-Angebot, um ihren Schulabschluss nachzuholen. 30 Prozent von ihnen stammten aus ausländischen Familien. „Sie gehören eigentlich zu den Chancenlosen“, sagte Hammelrath.

„WORTBRÜCHE“

Sylvia Löhrmann (Grüne) versuchte die finanzielle Situation der Landesregierung zu erläutern, die weitere Kürzungen im Bildungsbereich unumgänglich machten: „Innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren haben wir acht Milliarden Euro weniger zur Verfügung – das sind Faktoren, die man vorher so nicht absehen konnte. Wer mit den daraus resultierenden Kürzungen nicht einverstanden ist, muss zeigen, wie es besser geht.“

Für die CDU bedauerte Klaus Kaiser: „Dies ist bereits der zweite Wortbruch der Regierung. Schon 2003 hat sie die Zusage gebrochen, die Mittel für die Weiterbildung nicht zu kürzen und die zur Verfügung stehenden Mittel um fünf Prozent gesenkt.“ Schon jetzt stünden viele Einrichtungen vor dem Aus, müssten Angebot und Personal eingespart werden. Die Folgen weiterer Einsparungen seien katastrophal, so Kaiser.

Auch Ralf Witzel, bildungspolitischer Sprecher der FDP, kritisierte ebenfalls die Unzuverlässigkeit der Regierung. „Es gibt Bereiche, da muss man kürzen und das versteht auch jeder. Aber wenn man gemeinsame Zielvereinbarungen trifft, dann muss man sie auch halten, sonst kann keine Zusammenarbeit existieren.“

Die Position der Landesregierung verteidigte Manfred Degen (SPD). „Wir haben damals die Fünf-Jahres-Regelung gewählt, damit die Einrichtungen die Gelegenheit haben, sich an die Novellierung anzupassen. Doch heute ist es eine Illusion zu hoffen, ohne finanzielle Kürzungen davon zu kommen.“ Auch eine andere Finanzierung durch Umschichtung sei innerhalb dieses äußerst engen Haushaltskonzeptes unmöglich. **NB**



Die junge Seite des Landtags

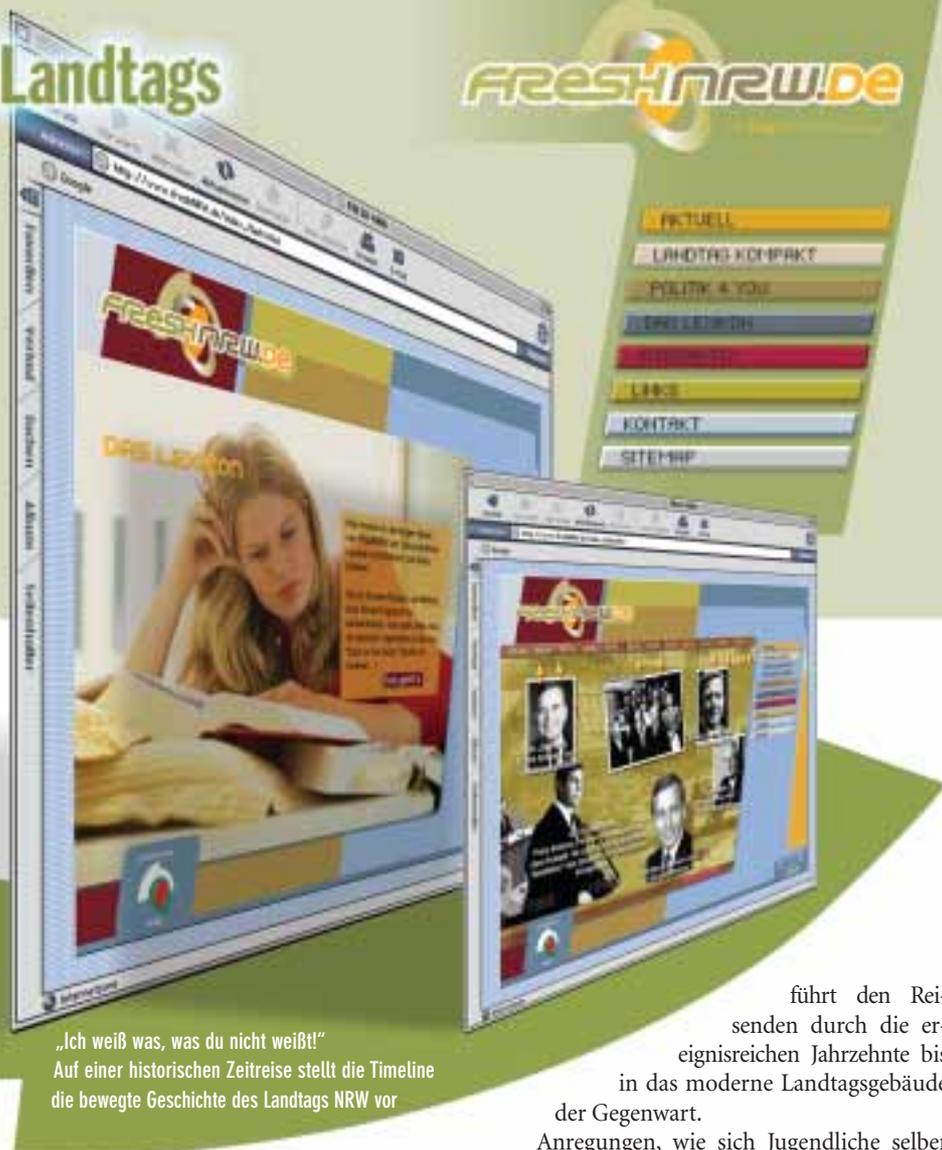
Ein neues Internetportal erklärt Jugendlichen die Politik

Die Internetseite des Landtags hat Nachwuchs bekommen: FreshNRW.de heißt der unterhalt-same Ableger, der Schülerinnen und Schülern das NRW-Parlament und die Arbeit der Abgeordneten näher bringt. Das Online-Portal bietet neben Spielen und Rätseln unter anderem ein ausführliches Lexikon und eine historische Zeitleiste des Landtags. Ziel ist es, Jugendliche für die Politik zu begeistern und sie zum Einmischen zu bewegen.

Nüchtern, trocken und langweilig ist die Politik – mancher Jugendliche würde diesem Satz wohl zustimmen. Leider. Denn nicht immer schafft es die Politik, wichtige aber komplexe Zusammenhänge den jungen und zukünftigen Wählerinnen und Wählern zu vermitteln. Und da selbst in der Schule nicht immer die Zeit reicht, um näher auf aktuelle Entwicklungen einzugehen, hat sich der Landtag Nordrhein-Westfalen entschlossen, politisch interessierten Schülern eine neue Anlaufstelle zu bieten.

Im Internet – dem Medium, mit dem sich viele Jugendliche ohnehin gut auskennen – steht ihnen die neue Seite www.FreshNRW.de zur Verfügung. Das Portal ist in Anlehnung an die Seite www.Landtag.NRW.de entstanden, konzentriert sich aber stärker auf die Bedürfnisse der jungen Besucher: weniger Gesetze, Verordnungen und Tagesordnungspunkte also, dafür mehr unterhaltende und interaktive Elemente. Im Vordergrund steht aber zweifelsohne die politische Bildung.

So zum Beispiel im Lexikon. Was versteht man unter Föderalismus? Wozu braucht Deutschland den Sozialstaat?



„Ich weiß was, was du nicht weißt!“ Auf einer historischen Zeitreise stellt die Timeline die bewegte Geschichte des Landtags NRW vor

Wie kommt ein Überhangmandat zu Stande? Und was genau macht eigentlich die Judikative? Dutzende von interessanten Fragen und wichtigen Begrifflichkeiten wie diese lassen sich von A-Z einprägsam nachlesen. Hier sollen übrigens auch schon Eltern gesichtet worden sein, die die virtuellen Wälzer zur Hand genommen haben.

Wer hingegen etwas zur Geschichte des NRW-Landtags erfahren möchte, ist bei der Zeitleiste richtig. Weit über 150 historisch relevante Daten sind hier erklärt. Die Zeitreise beginnt kurz nach dem Zweiten Weltkrieg und mit den ersten beschwerlichen Sitzungen im Düsseldorfer Opernhaus, und

führt den Reisenden durch die ereignisreichen Jahrzehnte bis in das moderne Landtagsgebäude der Gegenwart.

Anregungen, wie sich Jugendliche selber politisch und sozial engagieren können, gibt die Seite auch. Die Rubrik „Politik 4 you“ nennt Beispiele, wo man mitmischen und sich aktiv einbringen kann. Spielerischer geht es dagegen im Polit Quiz zu. Doch wer hier alle Aufgaben richtig lösen will, muss gut gerüstet sein: Ähnlich wie bei der TV-Sendung „Wer wird Millionär“ erfordert der bunte Fragenkatalog Kenntnisse der Politik, Sport, Pop-Kultur und von Nordrhein-Westfalen.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt ist mit dem Ergebnis und der Mischung der Seite sehr zufrieden: „FreshNRW.de soll Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren ansprechen. Wir möchten ihnen auf unterhaltsame Art unsere Arbeit im Landtag verständlich machen – und vielleicht können wir so auch den einen oder anderen Nachwuchs für die Politik gewinnen. Die Jugendlichen sind nicht nur unsere zukünftigen Wähler, sie sind von unseren täglichen Entscheidungen auch in erheblichem Maße betroffen.“

Die ersten Einträge im Online-Gästebuch bestätigen die Redaktion von FreshNRW.de. Ein User befand: „Ich finde die Seite wirklich gelungen, besonders das total krasse Politikrätsel hat mir und meinen Freunden viel Freude bereitet. Macht weiter so ...“



Total krass und doch politisch: Der virtuelle Quizmaster verlangt Kenntnisse aus Politik, Sport, Pop-Kultur und NRW

Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion

Masterplan für Wandel in NRW



Es hat inzwischen Tradition, dass sich die CDU-Landtagsfraktion einmal im Jahr auf dem Petersberg bei Bonn trifft, dort in Klausur geht und an Politikentwürfen arbeitet, die über den Tag hinaus reichen. Diesmal war das Ergebnis der Tagung ein „Masterplan für einen politisch-kulturellen Wandel in NRW“ – ein Papier, das die Vision eines modernen Nordrhein-Westfalen beschreibt, das Ziele und Schwerpunkte der politischen Arbeit benennt und das Maßnahmen beschreibt, die eine CDU-geführte Landesregierung ab 2005 in Angriff nehmen will.

Auf dem Bild von links: Helmut Stahl, Parlamentarischer Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion, Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender, die CDU-Landtagsabgeordneten Michael-Ezzo Solf und Ilka Keller, Bürgermeister Peter Wirtz (Königswinter), sowie die CDU-Abgeordneten Hermann-Josef Arentz und Gerhard Lorth.
Foto: Generalanzeiger Bonn

Ausgangspunkt ist die Analyse der politischen und ökonomischen, aber auch der mentalen Gegenwart in NRW. Die alte Politik der SPD, geprägt von Beharrung, Umverteilung und Regulierung, hat nach fast 40 Jahren Regierungszeit keine Antworten mehr auf die Fragen nach dem Platz von NRW in Deutschland und Europa, nach dem Weg zu neuem Wohlstand und Wissen. „Der rot-grünen Landesregierung fehlt ein Konzept für die Zukunft“, stellte CDU-Fraktionschef Dr. Jürgen Rüttgers bei der Klausur fest: „Nordrhein-Westfalen braucht einen Wechsel der politischen Kultur. Die CDU will diesen Wechsel. Wir wollen und können die Kräfte freisetzen, die das Land hat und die es für Wohlstand und Sicherheit in einer veränderten Wirklichkeit auch braucht.“

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich auf fünf Ziele und politische Schwerpunkte verständigt, die Gesetzgeber und Regierung im nächsten Jahrzehnt erreichen müssen: Wachs-

tum und Beschäftigung, das beste Bildungs- und Wissenschaftssystem Deutschlands, Freiheit statt Bürokratie, ein sicheres Nordrhein-Westfalen, das zum Land der Kinder wird. Zu jedem dieser fünf Ziele hat die CDU-Landtagsfraktion einen konkreten und detaillierten Maßnahmen-Katalog verabschiedet. Dazu zählen die Verkürzung von Ausbildungszeiten, kleinere Lerneinheiten, die Abschaffung der Regierungsbezirke, eine „Null-Toleranz-Politik“ im Umgang mit jugendlichen Straftätern oder ein exzellentes Betreuungs- und Fördersystem für Kinder.

Im Vordergrund steht dabei die Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik. Die CDU setzt sich als Ziel, dass Nordrhein-Westfalen innerhalb von zehn Jahren das Wachstumsniveau der erfolgreichsten Bundesländer erreicht. Das bedeutet, dass das Wachstum im Land dauerhaft mindestens 0,5 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen muss statt, wie bisher, 0,5 Prozent

darunter. Dafür müssen alle auch mehr arbeiten. Das 13. Schuljahr wird abgeschafft. Ein um ein Jahr früherer mittlerer Berufseintritt der jungen Generation bedeutet etwa einen Prozentpunkt weniger Lohnzusatzkosten. Gleichzeitig muss der Arbeitsmarkt entriegelt werden. Dazu gehört der Ausbau des Einstiegslohnsektors, den die nordrhein-westfälische CDU bereits politisch auf den Weg gebracht hat. Die Minijobs sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen die Progressionszone, in der Arbeitnehmer ermäßigte Sozialabgaben zahlen, von jetzt 800 Euro auf 1.200 Euro ausweiten. Arbeit für niedrigeren Lohn ist besser als keine Arbeit.

Mit dem „Masterplan für einen politisch-kulturellen Wandel in NRW“ ist die CDU-Landtagsfraktion auf den Machtwechsel in Düsseldorf im Jahr 2005 vorbereitet. 

Ein Tor für jedes Lebensjahr

Mit dem 6:0 über den Landessportbund (LSB) erzielte der FCL einen triumphalen Sieg. Dieser kam im Dämmerlicht des kalten Herbstabends zum einen durch die tatkräftige Mithilfe mehrerer „Söldner“ zu Stande, die der FCL mangels eigener Masse kurzfristig anwerben musste. Zum anderen brach die Mannschaft des LSB in der zweiten Halbzeit konditionell völlig ein,

so dass das Parlamentsteam ein munteres Scheibenschießen veranstalten konnte.

Der FCL demonstrierte das schon von Sepp Herberger bei der Weltmeisterschaft 1954 (Das Wunder von Bern – Sie wissen schon) und von Rudi Gutendorf beim Meidericher SV 1963/64 propagierte rollierende System: jeder verteidigt, jeder greift an, immer in Überzahl sein. Das trug reiche Früchte: Schon bis zur Pause trugen



sich die Abwehrspieler Ralf Jäger und Christof Rasche nach sehenswerten Kombinationen in die Torschützenliste ein. Und nach Wiederanpfiff folgten Dietmar Brockes und Bernhard Tenhumberg, der erneut seinen Torriecher unter Beweis stellte, indem er wie weiland Maxl Morlock in eine flache und scharfe Flanke hineinrutschte und den Ball mit Hilfe seines großen Zehs ins gegnerische Netz bugsierte. Tor Nummer 5 schoss FCL-Youngster Peter Gerber, und das 6:0 gehörte Günter Langen, der damit seinen 68. Treffer im Trikot des FCL erzielte – für jedes Lebensjahr eines. Herzlichen Glückwunsch. 

SPD

SPD: Maßnahmenkatalog für höhere Verkehrssicherheit

Fast eintausend Verkehrstote im vergangenen Jahr auf den Straßen in NRW sind eine traurige Bilanz. Die SPD-Fraktion hat sich daher erneut intensiv mit den Ursachen von Straßenverkehrsunfällen befasst und einen Maßnahmenkatalog erstellt. So wird beispielsweise in einem Antrag gefordert, den vierten Spiegel für LKW verpflichtend einzuführen. „Der tote Winkel bei Lastkraftwagen birgt ein erhebliches Unfallrisiko. Das wollen wir schnell technisch beseitigen“, erklärte Gerhard Wirth, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Besonders Zweiradfahrer und Fußgänger seien häufig Opfer von Verkehrsunfällen, weil LKW-Fahrer insbesondere rechts neben dem Fahrzeug nach hinten keine Sicht hätten. „Es ist erschreckend, dass dadurch weit über einhundert Verkehrsteilnehmer im Jahr tödlich verunglücken“, erläuterte der Verkehrsexperte. Auch für die Fahrer stelle dies eine große Belastung dar, weil sie trotz großer Sorgfalt die Unfälle häufig nicht verhindern könnten.

In einem weiteren Beschluss wird ein größerer Schutz vor Baumunfällen gefordert. Dazu gehöre vorrangig die Installierung von Leitplanken bei dicht an der Fahrbahn vorhandenen Bäumen. Bei Neuanpflanzungen müsse geprüft werden, inwieweit vermehrt Büsche statt Bäume am Straßenrand gepflanzt werden könnten, regte der Fraktionsvize an. Büsche könnten die Aufprallenergie von Fahrzeugen zu einem großen Teil auffangen. Gerhard Wirth: „Zudem erweckt eine sinnvolle Landschaftsgestaltung bei PKW-Fahrern den Eindruck der Notwendigkeit der Geschwindigkeitsreduzierung.“

CDU

Präses des Kolpingwerks besuchte CDU-Fraktion

Der Generalpräses des Internationalen Kolpingwerks, Axel Werner, (4. v.l.) traf sich jetzt im Düsseldorfer Landtag mit Mitgliedern der CDU-Fraktion zu einem Gedankenaustausch über das Verhältnis der CDU zur katholischen Kirche und zu den katholischen Sozialverbänden. Zwölf Landtagsabgeordnete, die zugleich auch Mitglieder in der Kolpingfamilie sind, führten ein offenes und fruchtbares Gespräch mit dem Präses, der Bürger Nordrhein-Westfalens ist. An der Diskussion nahm auch der Chef der CDU-Landtagsfraktion, Jürgen Rüttgers, teil. Er versicherte Werner, dass eine Fraktion den Gedankenaustausch mit dem Kolpingwerk auf fachlicher Ebene fortsetzen werde. Ein Schwerpunkt des Dialogs zwischen dem Präses und den Parlamentariern war die Europa- und Eine-Welt-Politik. Darüber hinaus informierte der Gast über die Arbeitsgebiete des nationalen und des internationalen Kolpingwerks.



FDP

Kampf gegen den Lehrstellenmangel: FDP-Abgeordneter geht unter die Ausbilder

Taten statt Worte: Mit gutem Beispiel geht der für Bildung und Ausbildung zuständige FDP-Abgeordnete Ralf Witzel im Kampf gegen den Lehrstellenmangel voran. Ab sofort bildet der liberale Bildungsexperte eine junge Auszubildende zur Bürokauffrau aus. Katrin Schmidt (21) aus Heiligenhaus, die nach dem regulären Ausbildungsbeginn im Herbst noch auf Stellensuche war, erhält nun auf dem Weg der Nachvermittlung eine qualifizierte Berufsausbildung – parlamentarischer Flair inklusive. „Ich habe Herrn Witzel auf eine Ausbildungschance angesprochen und er hat sofort reagiert. Es ist einfach super gelaufen“, freute sich Katrin Schmidt Anfang Dezember während ihrer „Job-Premiere“ im Landtag. Eine weitere Station der Ausbildung wird für die 21-jährige Witzels Essener Wahlkreisbüro sein. Auf unserem Bild begrüßen FDP-Fraktionschef Dr. Ingo Wolf (M.) und Bildungspolitiker Ralf Witzel (l.) die neue Auszubildende Katrin Schmidt (r.) in der Fraktion.



GRÜNE

GRÜNE legen Korruptionsbekämpfungsgesetz vor

Korruption erschüttert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Staat und Verwaltung. Korruption schädigt die öffentliche Hand und die Wirtschaft. Sie kostet die SteuerzahlerInnen viel Geld. Die Ermittlungspraxis auch in Zusammenhang mit den Müllskandalen in Köln und anderswo zeigt, dass die Aufdeckung und Bekämpfung von Korruption außerordentlich schwierig ist.

Wir Grüne wollen die Korruption besser bekämpfen als bisher und die Entstehung im Ansatz verhindern. Zu diesem Zweck haben wir den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption in Nordrhein-Westfalen, kurz: Korruptionsbekämpfungsgesetz, erarbeitet. Mit diesem Gesetzentwurf sollen bestehende Regelungslücken geschlossen werden, er dient insbesondere der Herstellung von Transparenz und der Verhinderung von Korruption. Wir wollen darin die Gemeindeordnung, das Gesetz über die Gemeindeprüfungsanstalt sowie das Landesbeamtengesetz ändern, sowie ein Korruptionsregister für NRW einführen. Mit diesem Gesetzespaket machen wir einen Vorschlag für eine wirksamere Bekämpfung von Korruption in Land und Kommune. Wie notwendig dieses Anliegen ist, zeigt der derzeit in Köln laufende Prozess zum Müllskandal. Was muss noch passieren, bevor wir in NRW auch gesetzlich handeln? Für uns Grüne ist klar: Wir wollen Korruption zeitnah und wirksam bekämpfen. Dazu dient unsere Gesetzesinitiative, über die wir nun mit der SPD Gespräche aufnehmen werden.



Porträt der Woche: Heinz Sahnen (CDU)

In Neuss am Rhein, so geht die Mär, ziehen wenige Hände an vielen Strippen. Die Hände gehörten, so heißt es, ein paar einflussreichen Sippen, die ökonomisch aus dem Größten raus und außerdem römisch-katholisch seien, weshalb sie in der kleinen Großstadt auch die „heiligen Familien“ heißen. Heinz Sahnen gehört nicht dazu, dennoch ist er wer in Neuss am Rhein. Das spricht für zweierlei: dass die Erzählung von den „heiligen Familien“, welche die Stadtpolitik lenkten, so wahr nicht sein kann und dass der Fernmeldehandwerker, Briefträger, Abendgymnasiast, Kölner Student, Berufsschullehrer a.D., CDU-Matador im Rat und im Kreistag, dass also Heinz Sahnen kommunalpolitisch in seiner Wahlheimat auf eigenen Füßen steht.

Sahnen, der aus Geeste im Emsland stammt und 1967 nach Neuss gezogen ist, wurde also nicht dreimal mit

Erftwasser getauft, wie man das einem „echten Nüsser“ nachsagt. Er hat auch kein Mädchen aus Neuss am Rhein geheiratet, sondern eins aus dem niedersächsischen Emsland.



Aber Sahnen ist katholisch, was ziemlich klar ist, wenn man aus dem Emsland kommt, einer Art katholischem Urstromland, wo die CDU mit schöner Regelmäßigkeit bei Wahlen so hoch siegt, wie es der CSU zum Beispiel im bayerischen Oberland gelingt. In seinem Kommunalwahlkreis hat Sahnen sowohl 1999 als auch fünf Jahre zuvor mit Resultaten knapp unter der 70-Prozent-Marke triumphiert. Bei der Landtagswahl 2000 schaffte er in Neuss rund 44 Prozent und verwies Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) deutlich auf Rang zwei.

Sahnen ist einer jener CDU-Politiker und Katholiken, die zu ihrer Kirche halten, die sich aber ungern von Bischöfen, und seien es Kölner Kardinäle, dreinreden lassen. Sahnen ist zwar vorsichtig genug, derart scharf zu formulieren, aber den Satz „Bischof, sieh zu, dass du deine Kirche voll kriegst, wir in der CDU kümmern uns um die Wähler“ empfindet er als so falsch nicht.

CHRISTLICHE WURZELN

Wenn Sahnen über das „C“ in der Politik spricht, hört man den Wertkonservativen mit sozialem Herz heraus: Christlich-sozial, das bedeutet für ihn keine Politik mit Heiligenschein, er will kein Sprachrohr der Kirche sein, Nichtchristen nicht ausschließen. Sahnen, der mit 18 in die CDU eintrat und früh in der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung KAB aktiv war, hat ein politisches Credo: Keine aktive Sterbehilfe, keine Spätabtreibungen, keine verbrauchende Embryonenforschung, Stärkung der Familien, Wiederbelebung der Sozialen

Marktwirtschaft, keine sinnlose Beschleunigung des Wandels der Lebensverhältnisse, ein differenziertes Schulsystem mit klarem Erziehungsauftrag gegen Gewalt und für soziales Verhalten.

Von Sahnen, dem Christlich-Sozialen, hört man auch diesen Satz: Die Hoffnung, dass sich durch ökonomischen Liberalismus Reichtum und Wohlstand schaffen lasse, habe sich nicht bewahrt. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage führe nicht zum Heil. Die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums nennt Sahnen einen „zwingenden Punkt“.

Im Landtag, der zehn Autominuten vor seiner Haustür in Neuss-Erfttal liegt, beschäftigt sich der Christdemokrat viel mit Städtebau-, Wohnungswesen, Raumordnung.

Mit einem Grundoptimismus, jedoch nicht ohne Sorgen, denkt der Kommunalpolitiker an die Zukunft der Städte. Geringere Einnahmen, Einwohner-Rückgang (an der Rheinschiene – noch – kein Problem), Zuzug schwierig zu integrierender Bevölkerung. Sahnen will, dass die Integrations-Anstrengungen verstärkt werden – nicht allein zur besseren Eingliederung von Ausländern, sondern auch zu Gunsten an den Rand geratener Deutscher: „Sozialpolitik wirft ganz neue, große Fragen auf.“

Sahnen fand nicht wegen großer Vorbilder zur Union. Er hält zwar Konrad Adenauer für einen großen Deutschen, aber sich nach Vorbildern zu orientieren, ist seine Sache nicht.

Der CDU-Mann spricht schnell und bezeugt, auch nein sagen zu können, wenn man ihn zum politischen Lastesel und Super-Vereinsmeier machen wolle. Männer wie Sahnen sind keine Freizeitspezialisten. Der Vater von zwei erwachsenen Söhnen besucht aber ein Fitness-Studio („Man muss was tun“); und im Urlaub gelingt es ihm sogar, die Finger von der Politik zu lassen. *Reinhold Michels*

Ermutigung für pflegende Angehörige

Der Landtag stellt sich den Problemen einer alternden Gesellschaft. In einer gemeinsamen Veranstaltung von Landtag und Landessenorenvertretung versammelten sich Ende November zahlreiche Menschen unter dem Motto „Pflegerische Angehörige – was sie leisten, was sie brauchen“. Landtagspräsident Ulrich Schmidt würdigte das hohe Engagement, das sich darin zeigte, dass drei Viertel der über zwei Millionen pflegebedürftigen Menschen zu Hause fast immer von ihren Familienangehörigen gepflegt werden: Rund um die Uhr, oft mehr als einmal den Nachtschlaf wegen Hilfs- und Pflegetätigkeiten unterbrechend. Über die Jahre gehe das leicht über die Kraft der pflegenden Familienangehörigen hinaus. Erschöpfung, Depressionen,

Krankheit und Konflikte in der Familie seien oft die Folge: „Ich muss Ihnen das nicht weiter erläutern“, sagte der Präsident den pflegenden Angehörigen und hieß sie herzlich im Landtag willkommen. Die Veranstaltung in der Volksvertretung solle dazu dienen, sich mit Menschen in ähnlicher Situation auszutauschen und auch für die weitere Pflege Mut und Zuversicht zu finden und neue Kraft zu schöpfen. Der Austausch könne zudem manche Information und manchen Rat bieten, „der Ihnen Ihre schwierige Arbeit erleichtert“, hoffte der Präsident und erinnerte an die Verpflichtung, unser medizinisches Wissen und den Wohlstand der Gesellschaft dafür einzusetzen, damit Menschen im Alter in Würde und Selbstbestimmung leben können.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt. Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 13. bis 23. Dezember 2003

13.12. Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP)	60
15.12. Wilfried Kramps (SPD)	64
15.12. Hans-Martin Schlebusch (CDU)	57
18.12. Frank Sichau (SPD)	56
18.12. Dietmar Brockes (FDP)	33
21.12. Gerhard Wirth (SPD)	52
22.12. Josef Wilp (CDU)	65
22.12. Horst-Dieter Vöge (SPD)	56
23.12. Heinz Sahnen (CDU)	57

Eckhard Uhlenberg (CDU), Landtagsabgeordneter aus Werl, ist auf dem Bezirksparteitag der CDU Sauer-/Siegerland erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt worden. Er erhielt in dem Wahlgang 120 von 126 abgegebenen gültigen Stimmen. Zu seinen Stellvertretern wurden die CDU-Landtagsabgeordneten **Monika Brunert-Jetter** und **Bernd Schulte** gewählt. **Theodor Kruse** (CDU) wurde als Beisitzer wieder gewählt.

Jürgen Jentsch (SPD), Landtagsabgeordneter aus Gütersloh, ist erneut zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS), Landesstelle NRW, gewählt worden. Jentsch, Mitglied des Präsidiums des Landtags und innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, bekleidet dieses Ehrenamt seit 1989.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 11. Dezember 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Lob zum Jubiläum

„Dass es für Kinder und Jugendliche eine Lobby gibt, ist gut, dringend und unverzichtbar.“ Mit diesen Worten gratulierte Landtagspräsident Ulrich Schmidt der Arbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz (AJS) zum 50-jährigen Bestehen der Landesstelle NRW. Beim Empfang aus Anlass der Jubiläumsveranstaltung im Landtag hob der Präsident die Bedeutung der AJS hervor, die seit einem halben Jahrhundert Partei für Kinder und Jugendliche ergreift. Diese Arbeit könne nur Erfolg haben, wenn staatliche Stellen und freie Verbände eng zusammen wirkten und auch, wie die AJS dies stets getan habe, die Schulen mit einbezögen. Die Aufgaben, schloss der Präsident, würden nicht geringer: Jugendschutz im Zeitalter der elektronischen Medien und einer zunehmend komplexer werdenden Welt müsse dazu beitragen, alte wie neue Gefahren von jungen Menschen abzuwenden. 📍

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Foto: Schälte

Den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt ...

... haben die beiden Brüder Jenniches aus Hellenthal in der Eifel. Unterstützt durch ein Landesdarlehen haben sie den väterlichen Handwerksbetrieb übernommen und sind nach Kräften dabei, ihn für morgen fit zu machen. Mit den leckeren Printen, die sie hier im Rahmen einer Ausstellung im Landtag präsentierten, dürfte das gelingen: Süßes wird immer gegessen – nicht nur zur Adventszeit. Es muss ja nicht gleich der Inhalt eines ganzen Holzkistchens mit den Hocheifeler Backspezialitäten sein, die die beiden Brüder hier so appetitanregend in der Wandelhalle aufgebaut haben.

entfällt wie vorgeschlagen

Carmen Teixeira, Diplompädagogin, ist von Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) zur neuen Leiterin der Bundesagentur für Arbeit ernannt worden. Die gebürtige Portugiesin Teixeira ist Expertin auf dem Gebiet der interkulturellen Pädagogik in den Feldern der Jugend- und Altenhilfe.

Stehsatz